

**Offene Antworten zur Umfrage zu Erwartungen von Betroffenen sexuellen
Missbrauchs in Kindheit und Jugend an die Unabhängige Kommission zur
Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs**

Bianca Nagel (M.A.)

Prof. Dr. Barbara Kavemann

Unter Mitarbeit von Vivianna Klarmann und Daniel Doll

Berlin, Juli 2017

Dieses Dokument enthält die Auswertung der offenen Fragen des Fragebogens. Zur Orientierung sind die Tabellen mit den vorgegebenen Fragebogenfragen jeweils vorangestellt.

Halten Sie die Ziele der UKASK für sinnvoll? (n=316)		
Klären, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird		
Ja, sinnvoll	304	96,2 %
Nein, nicht sinnvoll	5	1,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	5	1,6 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
Das Aufzeigen von Ausmaß, Art und Folgen der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche		
Ja, sinnvoll	303	95,9 %
Nein, nicht sinnvoll	4	1,3 %
Das kann ich nicht einschätzen	9	2,8 %
Gesamt	316	100 %
Aufdecken, wodurch Kindesmissbrauch möglich wird		
Ja, sinnvoll	298	94,3 %
Nein, nicht sinnvoll	2	0,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	12	3,8 %
Keine Angabe	4	1,3 %
Gesamt	316	100 %
Anstoßen einer breiten politischen und gesellschaftlichen Debatte		
Ja, sinnvoll	292	92,4 %
Nein, nicht sinnvoll	7	2,2 %
Das kann ich nicht einschätzen	16	5,1 %
Keine Angabe	1	0,3 %
Gesamt	316	100 %
Untersuchen von sämtlichen Formen von sexuellem Kindesmissbrauch		
Ja, sinnvoll	289	91,5 %
Nein, nicht sinnvoll	6	1,9 %
Das kann ich nicht einschätzen	19	6,0 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %

Nachdem die Befragten für diese Frage ankreuzen konnten, ob sie die einzelnen Ziele der Unabhängigen Aufarbeitungskommission für sinnvoll halten, wurden sie gebeten ihre Antworten zu erläutern. Dabei konnte übergreifend geantwortet werden, die einzelnen Kommentare wurden nicht auf einzelne Ziele bezogen. Insgesamt wurden 300 Kommentare geschrieben, davon 267 zu „sinnvoll, weil...“, weitere 33 Kommentare zu „nicht sinnvoll, weil...“.

Sinnvoll, weil...

Beitrag zum Beenden von Tabuisierung und Schweigen

Der überwiegende Teil der ergänzenden Antworten thematisierte die Tabuisierung von sexuellem Missbrauch. Insgesamt 45 Befragte machten darauf aufmerksam, dass sexueller Missbrauch „*viel zu lange totgeschwiegen*“ wurde und „*immer noch ein Tabu-Thema*“ ist.

Einige Befragte nannten, dass die Gesellschaft sexuellen Missbrauch nicht wahrhaben möchte und „*leise Anzeichen*“ von betroffenen Kindern ignoriert werden: „*Die Betroffenen verschweigen sexuelle Gewalt gar nicht so oft, die meisten Kinder wollen Hilfe, reden oder geben Zeichen. Aber das Umfeld signalisiert Ihnen ganz klar, dass sie nicht hören wollen und ignorieren, wenn was gesagt wird.*“ Die Ziele seien sinnvoll, weil „*immer noch viel zu viel darüber geschwiegen wird und die Gesellschaft immer noch die Augen davor verschließt und wegsieht, es oft auch gar nicht wissen will.*“

Ergänzend wurde genannt, dass die Tabuisierung dazu führt, dass sexueller Missbrauch erst möglich gemacht wird, indem der Missbrauch nicht erkannt oder geleugnet wird: „*Nicht darüber sprechen, hilft den Tätern ihre Taten weiter fortzusetzen.*“ „*Je öffentlicher das Thema behandelt wird, umso schwieriger wird es für die Täter.*“

Im Bezug darauf nannten 13 Befragte, dass das Umfeld der Betroffenen nicht eingreife. 37 Personen gaben an, dass das Umfeld sensibilisiert und aufgeklärt werden soll, damit Personen bei einem Verdacht eingreifen würden, da „*es kein Tabu mehr sein darf, und nicht mehr sein darf, dass niemand davon wusste.*“ „*Leider ist das Umfeld oft zu ängstlich und falsch oder gar nicht informiert, wie eine erste Hilfe in Anspruch genommen werden kann und an wen man sich wenden sollte bei einem Verdacht. Die Angst jemanden zu beschuldigen oder plötzlich in die Verantwortung genommen zu werden lässt viele wegschauen.*“ „*Mein Gefühl war immer, dass doch alle sehen und wissen müssen, was in unserer Familie geschieht, aber niemand hat geholfen...*“

Außerdem wurde das Schweigen der Betroffenen thematisiert, das dazu führe, dass sexueller Missbrauch nicht erkannt werde und die Betroffenen sich keine Unterstützung holen können. Viele Befragte gaben an, dass sie aus Scham oder aus Angst, dass ihnen nicht geglaubt werde, nicht über den Missbrauch sprechen können. Die Befragten schilderten die Reaktionen des Umfelds nach der Offenbarung des sexuellen Missbrauchs. 13 Personen nannte, dass Betroffenen nicht geglaubt wird bzw. der Missbrauch geleugnet wird. Eine Befragte thematisierte, dass sexueller Missbrauch und dessen Folgen heruntergespielt und verharmlost werden und 14 Personen schrieben, dass Betroffene nicht ausreichend ernst genommen werden. In acht Fragebögen wurde angegeben, dass das Umfeld den Betroffenen selbst die Schuld für den Missbrauch gab. Ein weiterer häufig genannter Grund für das Schweigen der Betroffenen war die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Opfern sexueller Gewalt, es wurde von 22 Personen thematisiert.

Identifizieren von Ursachen und Beitrag zu Prävention

21 Befragte antworteten, dass mit dem Identifizieren von Ursachen einen Beitrag zur Prävention geleistet werde. In diesem Zusammenhang wurden unterschiedliche Aspekte thematisiert:

Das Ermöglichen von Missbrauch durch Tabuisierung von Wegschauen im Umfeld von Betroffenen: Die Befragten betonten, dass das Handeln der Täter*innen erschwert werden muss, indem das

Thema enttabuisiert wird. Indem Täter*innen identifiziert werden und Missbrauch öffentlich geächtet wird, könne präventiv sexueller Missbrauch verhindert werden. Außerdem wurde beschrieben, dass ein Nicht-Einschreiten bzw. Schweigen von Nicht-Betroffenen schwere Folgen für Betroffene haben und das Umfeld eine Verantwortung habe.

Das Begünstigen von Missbrauch durch Strukturen von Ideologien: Befragte wiesen darauf hin, dass patriarchale Strukturen, die Missbrauch begünstigen, aufgebrochen werden müssen. Eine Person gab an, dass staatliche Institutionen *„bestrebt [sind] sexuellen Missbrauch im Dunkelfeld zu belassen“* und stattdessen *„entspr. Druck auf Mütter“* ausgeübt werde. Auffällig war, dass acht Personen thematisierten, dass sie als Betroffene Angst davor haben, ihre eigenen Kinder nicht schützen zu können bzw. sie nicht vor Gewalt schützen konnten.

Verankerung des Themas im öffentlichen Bewusstsein

Ein Großteil der Befragten machte darauf aufmerksam, dass eine Veränderung im öffentlichen Bewusstsein eine Voraussetzung ist, um die Tabuisierung von sexuellem Missbrauch zu beenden. Die Ziele seien sinnvoll, weil *„es wichtig ist, dass Existenz und Ausmaß von Kindesmissbrauch ins Bewusstsein der Gesellschaft gerückt werden“* und *„die Gesellschaft und Politik bis heute nicht begriffen haben, dass sexuelle Gewalt kein Randphänomen ist.“*

Betroffene müssten über die erlebte Gewalt sprechen können, ohne Angst vor Stigmatisierung zu haben. 18 Personen hofften auf eine Sensibilisierung der Gesellschaft, die dann Hilfe und Unterstützung für Betroffene ermögliche. Wichtig war für 14 Befragte Prävention und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen. *„Betroffene Kinder sollten überall hören und lesen, dass dies eine Straftat ist und nicht ‚normal‘ in Familien!“* *„Aufklären, dass es nicht verboten ist darüber zu sprechen, sich Hilfe holen zu können.“* Elf Befragte thematisierten, dass Kinder eine Lobby brauchten, um gehört zu werden.

Viele Antworten bezogen sich auf die Sensibilisierung der Gesellschaft, um Personen im nahen Umfeld zu ermutigen bei einem Verdacht zu handeln. *„Es gilt Mut und Zivilcourage in unserer Gesellschaft zu fördern und nicht wegzuschauen.“* *„Durch dieses Wissen sich viele Menschen im Umfeld des missbrauchten Kindes sicherer fühlen würden, was und wie sie helfen und einschreiten können. Der Anteil der Menschen, die Wegschauen, weil sie nicht wissen, was sie tun können und ob sie ihrer Einschätzung trauen können würde sich extrem verringern. Durch diese Aufmerksamkeit wird es Tätern wesentlich schwerer gemacht.“* *„Und je mehr die Menschen informiert werden, aufgeklärt werden wie sie sich bei Verdacht verhalten sollten dazu beitragen kann, dass den Kindern zugehört wird, wenn sie leise Andeutungen machen und ihnen somit vielleicht früher geholfen werden kann.“*

Sechs Befragte benannten die besondere Rolle von Institutionen und Professionellen in Einrichtungen. Eine breite Aufklärung und Sensibilisierung bereits in der Ausbildung von Fachkräften sei besonders wichtig um ein frühes Erkennen und Eingreifen zu ermöglichen.

Die Mehrzahl der Befragten thematisierte, dass sie sich als Betroffene von sexuellem Missbrauch nicht verstanden fühlen. Geantwortet wurde, dass sowohl Politik und Gesellschaft als auch Einzelpersonen die Situation von Betroffenen nicht nachvollziehen und verstehen können. Mehrere nannten den Wunsch nach Akzeptanz, Verständnis und Anerkennung. Ein Teil der Befragten wünschten sich, dass die Gesellschaft sich dem Thema widmen und das Ausmaß von sexuellem

Missbrauch insgesamt anerkennen würde: *„Scheinbar muss die Gesellschaft immer wieder damit konfrontiert werden, dass sexueller Missbrauch an Kindern geschieht, denn ich habe den Eindruck, dass unsere Gesellschaft lieber die Augen davor verschließt, dass nicht wahrhaben will.“* Die Ziele der Kommission seien sinnvoll, weil *„die Gesellschaft weiterhin jämmerlich versagt, sich gar nicht wirklich damit auseinandersetzen will“* und *„viel zu wenig darüber bekannt ist und es viel zu viele Menschen gibt, die die Tatsachen nicht wahr haben wollen.“* bzw. *„die Politik und die breite Öffentlichkeit besser informiert werden muss, nur so kann den Betroffenen von sexualisierter Gewalt mehr Achtung, Wertschätzung entgegengebracht werden.“*

Außerdem wurde von 13 Personen genannt, dass sexueller Missbrauch öffentlich geächtet, damit Täter*innen nicht mehr *„als anerkannte Mitglieder der Gesellschaft leben“* könnten und *„aus den Nischen ihrer Verstecke heraus“* müssten. *„Die Mechanismen der Täter müssen bekannt sein, damit sie enttarnt werden können.“*

Außerdem wiesen einige Befragte darauf hin, dass es Themen gebe, die bisher besonders wenig Beachtung finden würden und ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden sollten. Zwei Befragte nannten hier Jungen als Betroffene von sexuellem Missbrauch, weitere zwei rituelle und organisierte Gewalt.

Erwartungen an Veränderungen auf politischer Ebene

Befragte thematisierten die politische Ebene und den Wunsch danach, dass *„die Politik versteht“*. Das Thema finde weiterhin zu wenig Beachtung, politisches Handeln sei notwendig. Häufig wurde darauf hingewiesen, dass politische Konsequenzen folgen müssen, *„endlich etwas passieren muss“* und *„es Zeit wird, dass sich Dinge endlich verändern“*. Auffällig ist, dass mehrere der befragten Personen Zweifel äußerten, dass sich politisch etwas ändern werde, die Kommission entsprechenden Einfluss habe oder das Anstoßen einer Debatte relevanten Folgen für die Betroffenen haben könnte.

Es wurden unter anderem folgende Erwartungen an die Politik formuliert: Sieben Personen forderten *„Opferschutz statt Täterschutz“*, acht Befragte härtere Strafen für Täter*innen, drei weitere die forderten die Aufhebung von Verjährungsfristen und vier thematisierten die Notwendigkeit von finanzieller Entschädigung.

Außerdem wurde in einem Fragebogen geschrieben, dass Politik und Gesellschaft mit Betroffenen sprechen solle, anstatt über sie: *„SPRECHT endlich MIT UNS MISSBRAUCHTEN und nehmt Euch die Zeit für uns zum zuhören, dann ist es sinnvoll und GLAUBT einfach mal all das unfassbare was wir zu berichten haben, da wir es über uns ergehen lassen und darüber schweigen mussten, über Jahrzehnte.“*

Veränderungen der Situationen von Betroffenen

Der überwiegende Teil der Befragten (29 Personen) berichtete über individuelle Folgen des Missbrauchs. *„Es sollte ein breites Bewusstsein in der Gesellschaft geschaffen werden, welche Schäden Kindesmissbrauch anrichten kann, nur so kann Prävention funktionieren.“*

Als Folgen wurden insbesondere psychische Belastung und Erkrankungen sowie Scham und Schuldgefühle genannt. 31 Befragte beschrieben, dass es zu wenig professionelle Hilfe für Betroffene gibt und wiesen auf die fehlende Finanzierung hin, weil Therapiekosten nicht von der Krankenkasse

übernommen werden. Oft wurde die Formulierung „um Therapie und Hilfe kämpfen zu müssen“ gewählt.

Andere wollten darauf aufmerksam machen, dass Aufarbeitung nicht nur auf der individuellen Ebene stattfindet: *„Wissenschaftlich generierte Kenntnisse werden benötigt, um die Aufarbeitung nicht ausschließlich auf dieser individuellen Ebene zu belassen. Denn die individuelle Verarbeitung verhindert vielleicht neue Fälle im eigenen, direkten Umfeld, da eine Auseinandersetzung eingehend erfolgt ist. Gesamtgesellschaftlich müssen allerdings ebenso Maßnahmen ergriffen werden, um neue Fälle zu verhindern und um die Folgen von sexualisierter Gewalt nicht den einzelnen Betroffenen zu überlassen.“*

Außerdem wurde von fünf Personen thematisiert, dass sie sich von Politik und Gesellschaft alleine gelassen fühlen und schlussfolgerten, dass Solidarität wichtig ist: Die Ziele könnten dazu beitragen, dass *„Betroffene WAS in die Hand bekommen, sich weniger ALLEINE fühlen - Solidarität ist WICHTIG und endlich gefragt.“*

All diese Forderungen wurde in einem Fragebogen folgendermaßen zusammengefasst, was erreicht werden sollte: *„über Fakten ein Bewusstsein schaffen. darüber verdeutlichen, dass dringend Handlungsbedarf besteht. So traurig es ist, sexuelle Gewalt ist Normalität und keine Seltenheit. Es kann nicht genug getan werden, damit Kindern und Jugendlichen eine Stimme verliehen wird und alte Strukturen aufgebrochen werden. Schluss mit Totschweigen; Wegsehen; Nicht wahr haben wollen. Schluss mit Sprüchen wie: Stell dich doch nicht so an. So schlimm ist es jawohl nicht. Das hast du bestimmt falsch verstanden. Er hat doch keinen anderen und ist so allein...Schluss mit der Bagatellisierung hin zum (ge)wichtigen Thema über das GESPROCHEN werden muss.“*

Nicht sinnvoll, weil...

Insgesamt haben 33 Personen unter „nicht sinnvoll, weil...“ Antworten verfasst. Fünf Personen äußerten Zweifel an Veränderungen, da sexueller Missbrauch als Thema bereits ausreichend bekannt sei und sich bisher noch nichts verändert habe.

Neun Personen gaben an, dass eine politische Debatte nicht sinnvoll sei, weil es den Betroffenen nicht helfe. Einige begründeten das damit, dass eine politische Debatte Populismus die Türen öffnen würde, *„plakativ hohe Zahlen in der Zeitung bringen niemandem etwas.“* Zwei Personen nannten die Gefahr, dass Opfer erneut beschuldigt werden und dadurch eine Debatte nicht sinnvoll wäre. *„Kinder haben für das, was da passiert, einfach keine Worte. Und das klären zu wollen, drängt die Opfer wieder in diese Spirale aus ,warum hab´ ich nichts gesagt? Dann bin ich auch selbst schuld.“* Außerdem wurde die Befürchtung benannt, dass über Betroffenen geredet wird anstatt mit ihnen *„und eine komplizierte Sprache darum gebildet wird, die nicht den Betroffenen hilft.“*

In zwei Fragebögen wurde thematisiert, dass das Aufzeigen der Formen von sexuellem Missbrauch nicht sinnvoll sei, weil *„es eigentlich egal ist, welche Formen von sexuelle Kindesmissbrauch es gibt. Sexueller Missbrauch ist für die betroffenen Kinder immer schlimm, egal in welcher Form.“* Außerdem gab es eine Anmerkung, dass das Aufzeigen der Formen von sexuellem Missbrauch die Gefahr vor Nachahmern verstärken würde. *„Andererseits, nur wenn bekannt ist, was alles möglich ist, kann vielleicht Abhilfe geschaffen werden. Die Formen des Missbrauchs dürfen nicht detailliert geschildert werden.“*

Glauben Sie, dass die UKASK diese Ziele erreichen kann? (n=316)		
Klären, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird		
Ja, erreichbar	213	67,4 %
Nein, nicht erreichbar	33	10,4 %
Das kann ich nicht einschätzen	66	20,9 %
Keine Angabe	4	1,3 %
Gesamt	316	100 %
Aufdecken, wodurch Kindesmissbrauch möglich wird		
Ja, erreichbar	195	61,8 %
Nein, nicht erreichbar	39	12,3 %
Das kann ich nicht einschätzen	80	25,3 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
Das Aufzeigen von Ausmaß, Art und Folgen der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche		
Ja, erreichbar	163	51,7 %
Nein, nicht erreichbar	51	16,1 %
Das kann ich nicht einschätzen	100	31,6 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
Anstoßen einer breiten politischen und gesellschaftlichen Debatte		
Ja, erreichbar	149	47,2 %
Nein, nicht erreichbar	62	19,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	103	32,6 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
Untersuchen von sämtlichen Formen von sexuellem Kindesmissbrauch		
Ja, erreichbar	148	46,8 %
Nein, nicht erreichbar	65	20,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	99	31,3 %
Keine Angabe	4	1,3 %
Gesamt	316	100 %

Auch hier wurden die Befragten gebeten, zu erläutern, warum sie die Ziele der Kommission für erreichbar bzw. nicht erreichbar halten. Es wurden insgesamt 202 Freitexte für „erreichbar, weil“ und 119 für „nicht erreichbar, weil“ verfasst. In der Auswertung wurde so weit wie möglich versucht, die Begründungen den entsprechenden Zielen zuzuordnen.

Erreichbar, weil...

Erreichbarkeit einzelner Ziele

23 Befragte äußerten sich zum „Anstoßen einer breiten politischen und gesellschaftlichen Debatte“. Eine Person ging davon aus, dass dafür mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, eine andere schrieb, das Thema müsste dafür „auf mehr Kanälen“ thematisiert werden. Ein*e Befragte*r äußerte sich unsicher, in welche Richtung eine solche Debatte gehen würde. Vier Personen nannten als Grundlage für eine Debatte die Notwendigkeit einer breiteren Öffentlichkeit durch Medien, die durch öffentliche Veranstaltungen, die Integration der Öffentlichkeit und politische Diskussion

erreicht werden könnte. *„Ich halte es für erreichbar, wenn die Öffentlichkeit und die Medien mit einbezogen werden- wo viel Interesse herrscht, herrscht auch viel Bewegung und Input.“* Eine weitere Person hielt es angesichts der aktuellen *„weltpolitischen Lage für sehr schwierig“* eine Debatte zu entfallen.

Zwei Befragte sahen im Anstoßen einer gesellschaftlichen Debatte nicht die Schwierigkeit. Diese liege vielmehr darin, sie über einen längeren Zeitraum zu führen und eine Wirkung erzielen zu lassen. *„Anstoßen einer breiten Politischen und gesellschaftlichen Debatte nur für kurze Zeit ist wohl möglich, dann geht man wieder zur Tagesordnung über --- wie immer.“* Das Ziel sei nicht erreichbar, da *„sich Debatten zu solchen Themen recht schnell anstoßen lassen, auch wenn sie oft nichts bewirken. Zu klären, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird, ist leicht, wenn die Opfer angehört werden.“*

Sieben Befragte benannten Forschung zum Thema sexueller Missbrauch als notwendig für eine Debatte. Hierbei ist wurde neben der Forderung der Zusicherung von Anonymität besonders die Forderung geäußert, sich nicht nur *„reißerisch“* auf Einzelfälle zu konzentrieren, sondern fundierte Zahlen zu präsentieren. Auch wurden nicht nur positive Effekte einer Veröffentlichung der Ergebnisse erwartet. *„Die gesellschaftliche Debatte wird automatisch losgehen, wenn die Ergebnisse veröffentlicht werden. Leider wird es auch zu Opferblaming kommen, so wie immer.“* Zwei Personen sahen in einer öffentlichen Debatte die Grundlage für eine mögliche Veränderung, da *„nur durch eine offene Diskussion Einfluss möglich ist.“*

Eine Person hielt es hierbei für problemlos möglich eine Debatte anzustoßen und erwartete in Wahlkampfzeiten das Thema temporär an der Tagesordnung (29).

Drei Befragte äußerten sich zum Ziel aufzudecken *„wodurch Kindesmissbrauch möglich wird“*. Eine Person ging beispielsweise davon aus, dass dieses Ziel erreichbar sei, denn *„Aufdecken ist eher theoretisch, das könnte klappen.“* Eine weitere Person äußerte sich zu diesem Ziel allgemein kritisch: *„Wodurch Kindesmissbrauch möglich wird, ist ja heute schon gut erforscht und auch, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird.“*

Fünf Personen äußerten sich zur Erreichbarkeit zu *„klären, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird“*. Zwei sahen darin eine Grundlage für weitere Veränderungen: *„Wenn die Frage nach dem Warum es verschwiegen wird gründlich analysiert wird, dürfte es für die anderen Bereich Chancen geben Veränderungen in Gang zu setzen.“* Eine andere Person ging davon aus, dass dieses Ziel nur durch das Mitwirken von Vielen erreichbar sein könnte: *„Das Thema wird innerhalb der Gesellschaft immer noch weitestgehend totgeschwiegen. Sei es aus falsch verstandener Scham oder dem Bestreben, „damit“ nichts zu tun haben zu wollen. Dabei wird immer noch zu oft den Betroffenen die Schuld am Missbrauch gegeben. Einzelne Betroffene haben vor unseren Gerichten kaum eine faire Chance, nur gemeinschaftlich, durch Druck seitens vieler Betroffene und der Politik kann es gelingen, die Taten aufzudecken und die Täter zu überführen.“*

Zwei Befragte sahen dieses Ziel als bereits erreicht an, das sei aber nicht ausreichend, da so keine Hilfe ermöglicht werden könnte: *„Es ist doch klar, warum es möglich wird, und warum es verschwiegen wird. Aber dort dann wirklich zu helfen ist schwierig. Wenn mein Vater mich mit 4-5 Jahren im Urlaub missbraucht. Wie wollen Sie das rausfinden geschweige denn eingreifen? Also als Prävention, er war krank, ... also eine Sache der Therapie.....“* *„Warum Missbrauch verschwiegen wird? Das weiß man doch schon jetzt, wir schämen uns, weil wir uns oft für schuldig halten, weil man*

uns nicht glaubt, ‚ach so schlimm war das doch nicht, das hast du falsch verstanden‘ oder auch einfach ‚was nicht sein darf war auch nicht‘.“

Ein Großteil der Antworten konnte keinem der oben genannten Ziele zugeordnet werden. Fünfzehn Befragte hielten die Ziele für erreichbar und begründeten das mit der Kommission. Zum einen wurde zugetraut, einen guten Zugang zum Thema zugetraut, da *„...sie Zusammenhänge besser untersuchen kann als andere, weil sie niedrigrschwelliger ist als Ermittlungsbehörden, die Mitglieder besser als Polizisten auf Zusammenhänge blicken können“* und *„sich endlich umfangreich mit der Problematik beschäftigt wird. Es werden nicht mehr nur lokale bekannt Missbrauchsfälle untersucht, sondern es wird bundesweit danach gesucht.“*

Zudem wurde der Kommission eine gewisse Lobbyfunktion zugeschrieben, die für die jeweiligen Befragten eine Grundlage zu Erreichung der Ziele darstellte. Die Ziele seien erreichbar, da *„eine Art Forum geschaffen wird, und hoffentlich viele bereit sind, ihr Schweigen zu brechen – das wäre die Voraussetzung“* und *„...weil eine Kommission stellvertretend für Betroffene Verständnis bei der Gesellschaft schaffen kann und hellhörig machen kann für Gefahren.“*

Auch die Unabhängigkeit der Kommission stellte für einige Befragte eine Grundlage für das Erreichen der Ziele dar, weil *„die Kommission unabhängig ist, jeder seine Erfahrungen anonym weitergeben kann, wenn er das möchte, ohne sich schämen zu müssen“* und *„nun ein Fachgremium aus Betroffenen und Fachexperten zusammengekommen ist und ich darin Hoffnung sehe. Und weil es "unabhängig" ist!“*

Die positive Hervorhebung der personellen Besetzung der Kommission geschah zudem in vier weiteren Fällen. *„Ich glaube, dass diese Aufarbeitungskommission sich nicht diese ganze Arbeit macht um dann, wenn sie Fakten erfahren und gesammelt haben diese ungenutzt liegen lassen werden. Und weil ich glaube, dass dort wirklich Leute sind die sich des Ernstes dieser Lage bewusst sind und da nicht aufgeben werden.“*

Des Weiteren wurde der Kommission aufgrund ihrer zur Verfügung stehenden Mittel zugetraut, Ziele verwirklichen zu können. Einerseits aufgrund ihrer Ansiedlung auf Bundesebene, aber auch durch ihre finanzielle Ausstattung. Ihr wurde von drei Befragten zugetraut als Sprachrohr zu fungieren und Veränderung herbeiführen zu können. Die Kommission könne die Ziele erreichen, da sie *„gesellschaftliche Aufmerksamkeit und politische Legitimation hat. Sie kann aufzeigen, wo es täterschützende und opferfeindliche Strukturen gab und gibt, warum Betroffene schweigen, wo es noch immer viel zu wenig Unterstützung für Betroffene gibt. Sie kann den Forderungen aus der Praxis (die es seit Jahrzehnten gibt!) Nachdruck verleihen. Sie kann Klischees über Opfer und Täter aufbrechen und zur sachlichen Aufklärung beitragen. Sie kann politischen handlungsdruck erzeugen – insbesondere, wenn eine gute Zusammenarbeit mit den Praktiker_innen an der Basis (in Beratungsstellen, Netzwerken etc.) gelingt.“*

Neben dem Vertrauen, das der Kommission in einigen Aussagen zugesprochen wird, betonten drei Befragte, dass die Kommission Ausdauer und Hartnäckigkeit an den Tag legen müsse, um die Ziele zu erreichen: *„Wenn die Aufarbeitungskommission hartnäckig genug im Verfolgen ihrer Ziele ist können sie das auch erreichen man darf gerade bei diesem Thema nicht locker lassen.“*

Elf Personen sahen die Kommission in der Verantwortung die Ziele zu erreichen. Einerseits war diese Umsetzung eine Hoffnung, andererseits wurde geschrieben, dass diese Ziele wohl erreichbar seien, wenn die Kommission sie sich gesetzt habe bzw. da die Kommission ja genau dafür eingesetzt wurde: *„Weil das die Kernaufgaben der Aufarbeitungskommission sind. Zu denken, dass sie das nicht erreichen kann, heißt ja, von vornherein die Hoffnung aufzugeben, dass sich jemals etwas verbessern würde.“* Vier Befragte gingen davon aus, dass die Ziele erreichbar sein können, wenn die Kommission konsequent bei der Sache bleibe und hierbei ihren Handlungsspielraum voll ausnutze. Letztlich bleibe es abzuwarten, was die Kommission aus den erhobenen Daten macht. *„Ich glaube, dass dadurch zumindest ein Einblick in sexuelle Gewalt gegeben wird, der – je nachdem wie umfangreich die qualitative Erhebung ist – repräsentativ ist. Viele Betroffene werden aber aufgrund ihrer Traumata/ Traumasymptomatik/ Traumageschichte gar nicht reden können oder wollen – aus Selbstschutz. Inwiefern dadurch wichtige Informationen unzugänglich bleiben und dadurch das erhobene Bild verzerrt wird, vermag ich nicht einzuschätzen. Ich bleibe optimistisch...“*

Erreichbarkeit der Ziele allgemein

Insgesamt äußern sich 39 Personen allgemein zur Erreichbarkeit der Ziele. Drei Befragte schrieben, dass bereits viel erreicht bzw. viel getan wurde: *„es Ziele sind, die im Großen und Ganzen schon erreicht wurden“* Eine weitere Person hielt die Ziele für lediglich teilweise erreichbar, *„doch sollte man sich nicht entmutigen lassen.“*

Über die tatsächliche Erreichbarkeit der Ziele äußerten sich einige Befragte unsicher. Sie betonten, es *„nicht einschätzen“* zu können. Die Erreichbarkeit hänge unter anderem davon ab, wie viele Betroffene befragt werden sollten. Eine Person war sich zwar unsicher über die Realisierbarkeit, würde diese aber begrüßen, eine andere hielt sie für erreichbar, da die Forschung zum Thema ein weiteres politisches Druckmittel darstelle. Zwei weitere Befragte schrieben, dass die Kommission eher ein weiterer Schritt zum Erreichen der Ziele sei: *„Irgendwann vielleicht erreichbar, weil dies ein weiterer Schritt von vielen in eine richtige Richtung sein könnte.“* Allgemein äußerten sich viele Befragte optimistisch. *„Ich selber habe persönlich vieles in die Wege leiten können und kenne die Grenzen, aber auch die Möglichkeiten – ich bin und bleibe optimistisch.“*

Insgesamt sechs Personen stellen die Erreichbarkeit der Ziele in einen gesellschaftlichen Zusammenhang. Eine Person betonte die Verantwortung der Gesellschaft für die Betroffenen. Die Ziele seien erreichbar, weil *„es die Öffentlichkeit betrifft. Betroffene sind ein Teil dieser Gesellschaft die nicht an den Rand gedrückt werden dürfen, die gehört werden müssen.“* Zwei weitere Personen hielten die Ziele für grundsätzlich erreichbar, da davon ausgingen, dass *„grundsätzlich eine gesellschaftliche Bereitschaft zur Beendigung sexualisierter Gewalt vorhanden ist.“*

Der Faktor Zeit spielte eine wichtige Rolle bei dem Erreichen der Ziele. Für acht Personen war die Zeit nun gekommen. Das wurde unterschiedlich formuliert. Für eine Person war *„die Zeit endlich dafür reif“*, andere machten es daran fest, dass *„das Bewusstsein dafür größer geworden“* sei und das Thema mehr enttabuisiert wurde oder schrieben: *„weil es erreichbar sein muss um den teilweisen Teufelskreis zu durchbrechen.“*

Andere Befragte thematisierten, dass Betroffene jetzt ernst genommen würden, das könne Veränderungen produziere: *Jetzt werden wir Betroffene ernst genommen, jetzt wird das endlich angeschoben.“* *„Ich hoffe das es so ist und jetzt vielleicht die Zeit gekommen ist, das öffentliches*

Interesse an der Thematik besteht und nicht mehr die Haltung vorherrscht, dass das alles gar nicht schlimm ist oder das nicht sein kann, was nicht sein darf“.

*Ähnlich sah es eine weitere Person, die die Ziele als erreichbar ansah, da „mehr über Missbrauch berichtet, gesprochen wird, als noch vor vielen Jahren.“ Andere schrieben, dass „jetzt endlich der Wille da ist, das alles aufzuarbeiten, weil der Missbrauchsbeauftragte dran geblieben ist, weil die Gelder dafür gesondert aus diesem speziellen Topf genommen werden u. eine Kürzung seitens der Regierung, schlechte Presse machen würde, weil auch Betroffene mit in der Aufarbeitungskommission sitzen.“ (Vertreter*innen des Betroffenenrats als ständige Gäste der Kommission).*

Vier weitere Personen hielten es unter bestimmten Voraussetzungen für möglich die Ziele zu erreichen, gingen aber davon aus, dass es ein langfristiger Prozess werde. Es sei davon abhängig, ob das Thema nun „ernsthaft“ bearbeitet würde und hänge auch von externer Unterstützung ab.

Einige der Befragten nahmen direkten Bezug auf die vorliegende Erhebung. Zwei Personen fehlte die Option „teilweise erreichbar“, denn *„es wird immer nur ein Teil der Öffentlichkeit erreicht und von denen, die erreicht werden wollen viele nur das hören wodurch sie sich nicht selbst schlecht und verantwortlich fühlen.“*

Zwölf Befragte gingen davon aus, dass die Ziele erreichbar seien, *„weil ganz sicher sehr viele Betroffene und Überlebende (so wie ich) mithelfen werden.“* Weitere acht Personen hielten die Ziele nur für erreichbar, wenn Betroffene gehört werden, da sie *„zu den genannten Punkten viel beitragen können.“*

Vier Befragte erweiterten diese Perspektive und gingen davon aus, dass zur Erreichung der Ziele auch andere gehört werden müssten, beispielsweise auch Therapeut*innen und weitere Fachkräfte.

Eine Person betont noch einmal die Bedeutung der Wissenschaft als neutrale Instanz, der von der betroffenen-Perspektive aus vertraut werden kann, im Gegensatz zu Behörden.

„...gesellschaftliche Entwicklungen immer Zeit benötigen. Es ist ein gutes Zeichen, dass Sie als Wissenschaftlerinnen diese schwierige Aufgabe angehen möchten. Ich habe bereits als Kind das Vertrauen in Behörden und Verwaltungen verloren. Als ich um Hilfe bat, wurde ich abgewiesen und sogar verspottet. Ihnen als Wissenschaftlerinnen vertraue ich aber, da ich davon ausgehen kann, dass Sie im Rahmen Ihrer methodischen Möglichkeiten bemüht sind, Aufklärung und Dokumentation zu betreiben, ohne dabei von ideologischen Scheuklappen behindert zu werden.“ (190)

Zehn Personen sahen in den Forschungsergebnissen eine mögliche Grundlage für Veränderung. Die Ziele seien erreichbar, weil *„das Bewusstsein unserer Gesellschaft durch Forschungsergebnisse der Wissenschaft, wenn sie verständlich für alle (Betroffene, Bürger, Politiker, Ärzte, Therapeuten) veröffentlicht werden, geändert werden kann.“* Die Kategorien der Ziele seien zwar wissenschaftlich fassbar, dadurch könne aber keine gesellschaftliche Veränderung erwirkt werden. *„Das Ausmaß an sich kann man denke ich, schon erfassen; vielleicht kann man auch aufdecken, wodurch es möglich wird und warum es oft verschwiegen wird; aber ich denke nicht, dass es am Verhalten der Menschen selbst in den jeweiligen Situationen was ändern wird. Wenn Missbrauch irgendwo anders passiert, finden es alle Leute schlimm und wissen genau, was man hätte machen müssen; aber wenn es plötzlich ein Familienmitglied o.ä. betrifft, ist plötzlich alles ganz anders und man hat ja nichts ‚mitgekriegt‘“.*

Einige Befragte kritisierten außerdem, dass aus bereits vorliegenden Forschungsergebnissen keine Unterstützung gefolgt sei: *„Oft wohl zugehört wird und immer wieder gesagt wird wir ändern Gesetze zum Schutz der Kinder. Tatsächlich wird aber viel zu wenig getan. Mir scheint es wird immer noch nicht als superwichtig eingestuft.“*

Nicht erreichbar, weil...

Ein großer Teil der Antworten bezieht sich auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. 14 Personen sehen die Nicht-Erreichbarkeit der Ziele in gesellschaftlichem Desinteresse begründet, da *„die Ignoranz noch sehr hoch ist“*. *„Will diese Gesellschaft wirklich wissen, was sie mit ihren Kindern macht?“* *„Ich bin sehr skeptisch inwieweit ernsthaft ein gesellschaftliches Interesse besteht, sexueller Gewalt mit allen Konsequenzen aufzudecken. Trotzdem ist es gut ein solches Ziel zu haben. Eine Bewegung in die richtige Richtung.“* Solange keine größere gesellschaftliche Offenheit erreicht werden könnte, seien die Ziele nicht erreichbar: *„Da ich persönlich nie Offenheit für dieses Thema erlebt habe. Und ich gehe ziemlich offen mit meiner eigenen Geschichte um.“* bzw. *„da es realistisch gesehen keinen wirklich interessiert was oder wie sich sexuelle Gewalt gegen Kinder für den Rest ihres Lebens auf diese auswirkt.“* *„Angesichts der ungeheuerlichen milden Urteile gegen Täter, neige ich leider dazu zu glauben, dass die Leute wohl wissen, dass es geschieht, aber nicht wissen wollen.“* Eine weitere Person prangert die fehlende Lobby für Kinder in diesem Kontext an. *„Es sind eben Kinder und die können sich nicht wehren.“* *„Meine Erfahrung mir mittlerweile sagt, dass dies noch Jahre brauchen wird; es geht nicht einmal im Kleinen das Thema "Kindesmissbrauch" anzusprechen, geschweige denn zu vermitteln wodurch dieser möglich wurde. Das Ausmaß wird sowohl durch die Betroffenen selbst (weil es sonst nicht aushaltbar ist), als auch durch Helfer negiert. Folgen zu benennen macht Betroffene häufig zu Versagern. Das Tabu greift in den Betroffenen selbst und in Familien- und Gesellschaftssystemen zu stark; ich glaube es müsste auch über die innenpsychischen Vorgänge viel mehr gesprochen und gelehrt werden. Es gäbe noch viel zu sagen....“*

Fünf Personen hielten die Ziele aufgrund eines fehlenden Veränderungswillens in der Gesellschaft für nicht erreichbar. Gut die Hälfte dieser Personen sah dies in den *„patriarchalen Strukturen“* bzw. in einer *„Kultur der Gewalt“* begründet, in der *„Diskurs so nicht bzw. kaum möglich ist.“* Drei Befragte schrieben, dass eine Debatte bereits länger angestoßen sei, Veränderungen aber trotzdem auf sich warten ließen: *„Wir diskutieren seit 2/2010 bzw. bereits seit der Frauenbewegung der 80er Jahre über sexuelle Gewalt - und noch immer gibt es zu viele, die Vorkommen, Häufigkeit, Folgen... verleugnen. Ich verliere langsam die Hoffnung, dass sich das ändert.“* Eine Debatte wurde zwar grundsätzlich für möglich gehalten, ob diese jedoch *„Anklang findet ist die andere Frage.“*

Drei Personen bezweifelten, dass der Thematik von Seiten der Gesellschaft und der Politik ausreichend Wichtigkeit zugesprochen werde. Die Ziele seien nicht erreichbar, da *„es so viele Facetten von Kindesmissbrauch gibt. Ich würde es mir wünschen, dass eine breite politische und gesellschaftliche Debatte angestoßen würde, aber ich befürchte es gibt immer "wichtigere" Dinge.“* („Zehn Personen gingen nicht davon aus, dass die Tabuisierung beendet werden könnte. *„Das Schweigen in der Gesellschaft und Politik ist eisern. Mit diesem Thema sind keine Wähler zu gewinnen.“* *„Wenn jemand schweigt dann wird es nie ans Licht kommen, unsere Gesellschaft kehrt viel unter den Teppich. was in der Familie passiert bleibt in der Familie, so wurde ich erzogen.“* Elf

Personen attestierten der Politik ein allgemeines Desinteresse an der Thematik, u.a. da damit hohe Kosten verbunden seien: *„Politik ist nicht soweit, andere Interessen stehen im Vordergrund“* *„Sobald die Politik ins Spiel kommt, wird sich nichts ändern (oder nicht genug).“* *„Solange leider auch die Politik die Hände im Bereich sexuellen Missbrauch hat wird es keine richtige Aufarbeitung geben. Aufarbeitung hat auch etwas mit Entschädigung zu tun. Und genau das ist der Knackpunkt. Geld und Hilfe wird immer bei den Schwächsten eingespart“* *„Die Öffentlichkeit und Politik aus Kostengründen nicht an ernsthafter Aufarbeitung interessiert sind.“* Zwei weitere Personen wiesen auf die Langsamkeit politischer Prozesse hin.

Sieben Befragte formulierten Zweifel daran, dass die Kommission über ausreichend Macht und Ressourcen verfüge, um die Ziele zu erreichen: *„Die Dunkelziffer ist so hoch - immer noch sehen viele lieber weg, auch weil sie selbst betroffen sind und so mit ihrem Trauma konfrontiert werden. die Kommission hat glaube ich nicht genug Kapazitäten um diesem Umfang an Gräueln gerecht zu werden.“* *„Um in die Tiefe zu gehen und mehr als oberflächliche Antworten zu geben reichen weder Zeit noch Mittel. Die Kommission kann ein Anfang sein, aber wer nimmt den Ball dann auf?“* Die Ziele seien nicht zu erreichen, da *„Daten bereits vorliegen bzw. belastbare Informationen nur unter einem Aufwand zu erheben sind, der die Möglichkeiten der UAK sprengen würde.“* Zwei weitere Personen thematisierten, dass die Kommission mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten müsste, um die Ziele zu erreichen. *„Das Wichtigste ist, sie sind als Kommission in den Medien kaum zu finden.“* *„Nicht erreichbar!!! Sie leisten kaum Öffentlichkeitsarbeit. Wie wollen Sie z.B. bildungsferne Familien erreichen? Schon jetzt hat die Politik kein Interesse an den Menschen. Warum wird einem Opferrente verwehrt oder muss Jahre darum kämpfen? Warum bekommt man so schlecht Therapieplätze?“*

Drei Befragte antworteten, die Erreichbarkeit der Ziele hingen *„davon ab, wie ernst es die Kommission meint und wie sehr sie ihren Handlungsspielraum ausschöpft.“* Die Ziele seien nicht erreichbar, da *„die Expertisen der Betroffenen nicht ernsthaft einbezogen werden!“*

13 Befragte gingen davon aus, dass es nicht möglich sei, das Ziel zu erreichen das Ausmaß der sexuellen Gewalt aufzuzeigen. Sie bezogen sich u.a. auf die schwere Fassbarkeit des Themas, da *„eventuell viele Betroffene nicht erreicht/befragt werden und darum in keiner Statistik auftauchen.“* *„Ausmaß, Art und Folgen sind ein sehr komplexes Thema. Aufklärung über sämtliche Formen wäre sehr wichtig.“*

„Ich weiß nicht, ob ein Aufzeigen des aktuellen Ausmaßes tatsächlich möglich ist. Ich erlebe als Betroffene, aber auch als Psychotherapeutin starke bewusste und unbewusste Motive, die Offenheit gegenüber dieser Thematik verhindern. Aus Opferperspektive ist mittlerweile vieles möglich zu untersuchen, die Täterperspektive ist deutlich schwerer zu eruieren.“

„Das Aufzeigen des Ausmaßes wäre als statistisches Festhalten durchaus erreichbar, in der Realität (d.h. Menschen BEGREIFEN was es tatsächlich bedeutet) ist es jedoch unmöglich da KEINER sich tatsächlich damit auseinandersetzen will/mag/wird. Das Gleiche gilt für die gesellschaftliche Debatte wobei diese eher in Gang zu setzen sein wird als eine sinnvoll effektive politische Debatte. Unterm Strich bleibt leider die Realität dass die Diskussionen zwar gut und sinnvoll aber die Umsetzung und erreichbaren Ziele eher ein hehrer Ansatz sind und bleiben werden. Leider.“

Andere nahmen an, dass das tatsächlich Ausmaß nicht herauszufinden sei, da viele Betroffene aus Angst, Schuldgefühlen, Scham oder anderen Gründen nicht über die erlebte Gewalt sprechen wollten

oder könnten. *„Ist mir nicht vorstellbar, dass sich alle Menschen, die Zielpunkt eines Verbrechens waren, sich melden.“ Es gibt zu viele Arten und Formen des Kindesmissbrauchs und zu viele Betroffene schweigen auch heute noch aus Angst oder Scham oder sie können sich nicht genau erinnern.“ „Das Schweigen über erlittene Scham ist größer und wiegt schwerer.“ „Das Ausmaß zu groß ist, zu viel verschwiegen wird, die Angst der Betroffenen zu groß ist. Es spielt sich zu viel im Geheimen ab was nie nach außen dringt.“ „Ich mir nicht sicher bin, ob genügend Betroffene/Freunde/Familie bereit sind die Erfahrungen zu teilen.“*

Gleichzeitig betonte eine weitere Person auch die Schwierigkeiten vieler Betroffener *„sich Gehör zu verschaffen und deutlich zu machen was sie brauchen, warum sie schweigen, oder unter welchen Formen des Missbrauches sie gelitten haben. Dafür braucht es Zeit und eben auch schon einen gewissen Stand der Aufarbeitung.“*

Elf Personen schrieben von einer *„hohen Dunkelziffer mächtiger Leute in machtvollen Positionen, die verstrickt sind und somit Aufklärung verhindern wollen“* und: *„weil es viele Kräfte gibt, die dagegen kömpfen. Lange Zeit war es die False-Memory-Bewegung, heute scheint es mir eher das Mitgefühl für die armen, ihre Sexualität nicht ausleben könnenden Pädophilen zu sein. Dass es jedoch im Hauptteil Täter sind, die nicht rein Pädophil sind, sondern dass es um Macht geht, die Anzahl der Opfer jedoch genauso ihre Sexualität nicht leben kann, weil sie zerstört wurde und ein Täter im Laufe seines Lebens in der Regel viele Opfer hat, scheint mir bei der Vergabe der Gelder eher hinten runter zu fallen. Für eine verhältnismäßig kleine Anzahl an Tätern werden enorme Summen ausgegeben, während die Opfer weiterhin kaum Therapiemöglichkeiten haben. Gleichzeitig weiß ich um die Strukturen organisierter Gewalt bis in höchste Kreise. Und auch von dort aus wird Sand ins Getriebe gestreut werden, um zu verhindern, dass die politische und gesellschaftliche Debatte zu intensiv geführt wird und die wahre Bedeutung und das Ausmaß für diese Gesellschaft klar wird. Hinzu kommen innere Schutzmechanismen der einzelnen Menschen. Wenn sie dieses Ausmaß wirklich erfassen würden, müssten sie ihr Weltbild und evtl. gar ihr Handeln ändern und/oder sich mit eigenen Erfahrungen konfrontieren. Diese Mechanismen spielen, neben den anderen Gründen, den Tätern in die Hände.“*

Hinsichtlich dieser Kategorie betont eine*e Befragte*r, dass er/sie die Themensetzung falsch findet, weil es ein nicht diskutables Thema ist. *„Politische und gesellschaftliche Debatte“ über was? Über die Vorteile oder Nachteile von sexuellem Kindesmissbrauch? Ob das schädlich ist oder nicht? Ein solches "Pro" und "Contra" gab es in den Sechzigern! Aber es kann nicht diskutiert werden es ist falsch!“ (227)*

Eine weitere Person betont, dass in herrschenden Debatten bestimmte vulnerable Gruppen ausgeschlossen werden. *„Es entspricht nicht dem heutigen Zeitgeist. Ich gelte als Junge / junger Mann nicht als potentielles Opfer, sondern als Täter. Ich habe mich in einzelnen Fällen Freunden und Freundinnen anvertraut und stieß überwiegend auf Unverständnis. Vielen bereitete es Unbehagen, dass Mütter und Lehrerinnen auch Täterinnen sein können. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion halte ich es für ausgeschlossen, dass eine breite öffentliche Debatte über sexuelle Gewalt auch männliche Opfer einschließt. Wenn Jungen betroffen sind, wird derzeit immer von Kindern gesprochen, Mädchen werden explizit erwähnt. Gerade im Falle von weiblichem Erziehungspersonal müsste man aber – meiner Erfahrung nach (Mannheim in Baden-Württemberg und Kreise Freising / Pfaffenhofen in Bayern) – über männliche Opfer und weibliche Täter sprechen. Das ist aber politisch offenbar nicht erwünscht.“ (314)*

Woran würde man merken, dass die UKASK ihre Ziele erreicht hat? (n=316)		
Wenn Therapie und Beratung überall vorhanden, ausreichend finanziert und die Fachkräfte besser ausgebildet sind.	279	88,3 %
Wenn Kinder und Jugendliche auch bei Gewalt in Familien geschützt sind und nicht allein gelassen werden.	255	80,7 %
Wenn alle Arten von sexuellem Missbrauch ernst genommen und in der Öffentlichkeit zum Thema gemacht werden.	252	79,7 %
Wenn Betroffene nicht länger schräg angesehen und als Opfer ausgegrenzt werden	235	74,4 %
Wenn Täter und Täterinnen konsequenter bestraft werden.	230	72,8 %
Wenn Kinder und Jugendliche in Schulen, Internaten und Heimen gut informiert und geschützt werden.	229	72,5 %
Wenn Institutionen Aufarbeitung ernst nehmen.	209	66,1 %
Wenn Betroffene Anerkennung und Entschädigung bekommen.	207	65,5 %
Wenn eine nachhaltige politische und breite gesellschaftliche Debatte geführt wird.	206	65,2 %
Wenn weniger Kinder und Jugendliche sexuell missbraucht werden.	192	60,8 %
Wenn es für Betroffene leichter geworden ist über den Missbrauch zu sprechen.	189	59,8 %
Wenn Täter und Täterinnen von Kindern und Jugendlichen ferngehalten werden.	180	57,0 %
Wenn Selbsthilfegruppen weit verbreitet, normal und akzeptiert sind.	161	50,9 %
Wenn Institutionen sich entschuldigt und Verantwortung übernommen haben.	156	49,4 %
Wenn Betroffene aus der DDR gleiche Rechte und Ansprüche an Entschädigung haben.	153	48,4 %

Mit dieser Frage sollte erfasst werden, wann in den Augen der Befragten die Ziele der Kommission als erreicht betrachtet werden können. Zusätzlich zu den vorgegebenen Antworten gab es Angaben unter „Anderes“. Zur Auswertung dieser Freitexte wurden sieben Kategorien gebildet, die jeweils in verschiedene Unterkategorien differenziert werden.

Veränderungen in der Situation von Betroffenen

Drei Personen antworteten, dass sie die Ziele der Kommission als erreicht betrachten, wenn Betroffene als Expert*innen „in eigener Sache wahrgenommen und ernst genommen werden“, so sollten sie beispielsweise „selbst Missbrauchsbeauftragte werden können“.

Drei Befragte griffen den Aspekt der Stigmatisierung von Betroffenen erneut auf: *„Wenn Opfer nicht mehr zu Tätern gemacht werden“, bzw. „die Täter stigmatisiert werden und nicht länger die Opfer“* und *„wenn Menschen, egal ob Kinder oder Erwachsene, nicht mehr ausgegrenzt werden, weil sie so ‚komisch‘ sind. (...) Wenn Opfer endlich das Gefühl erhalten, nicht selbst schuldig zu sein und sich nicht für die Dinge schämen müssen, die ihnen angetan wurden.“*

Andere wiederholten die Relevanz von einem niedrigschwelligen Zugang zu sowie die eine Finanzierung von Therapie und Beratung bzw. der Anerkennung von physischen und psychischen Folgen des Missbrauchs. *„Wenn man notwendige, lebensangepasste Hilfe bekommt, wenn man sie braucht. Suche wieder seit Monaten und finde nichts.“*

Dabei müsste es Angebote für alle Betroffenen geben: *„Wenn auch das Thema organisierte Gewalt/ Mind Control ernst genommen wird und es Hilfsangebote gibt und wir und nicht ständig mit Glaubwürdigkeitsanzweifelungen auseinandersetzen und kämpfen müssen.“*

Gesellschaftliche Veränderungen

Diese Antworten bezogen sich auf die Enttabuisierung des Themas und grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen. Die Ziele seien erreicht, *„wenn sich gesellschaftlich eine grundsätzliche Wandlung in der Haltung gegenüber Kindern auf der einen und Gewalt auf der anderen Seite vollzieht“* bzw. *„wenn sich die Öffentlichkeit noch mehr für dieses Thema interessiert und nicht peinlich berührt wegschaut.“*

Es dürfte gesamtgesellschaftlich keine Verharmlosung von Taten mehr geben, wichtig sei, dass *„bei größerem Ausmaß nicht so oft von einem ‚tragischen Einzelfall‘ gesprochen wird.“*

Eine Person betonte das Wissen, dass in der Gesellschaft vorhanden sein müsste. Die Ziele seien erreicht, wenn *„jeder und jede Handwerkszeug an der Hand hat, wenn er oder sie von Missbrauch betroffen ist oder auf eine/n Betroffene/n trifft.“*

In einem weiteren Fragebogen wurde thematisiert, dass die Ziele erreicht seien, wenn die Institution Familie in der Gesellschaft hinterfragt würde (*„wenn Familie nicht länger die heilige Kuh ist“*).

Rechtliche Veränderungen

Es wurden unterschiedliche Veränderungen gefordert. Fünf Befragte benannten eine Reform des Opferentschädigungsgesetzes. Die Ziele seien erreicht, *„wenn missbrauchte Menschen endlich zu ihrem Recht auf Entschädigung kommen und nicht im OEG retraumatisiert werden. Das OEG ist ein Hohn!“* Weitere sechs Betroffene nannten eine Aufhebung der Verjährungsfristen als Ziel, zwei forderten ein härteres Strafmaß für Täter*innen.

Eine Person forderte einen rechtlichen Anspruch von Betroffenen auf angemessene und ausreichende Psychotherapie, eine andere schrieb: *„wenn es Gesetze gäbe, die das Zweifeln an bestehender Gewalt verhindern.“* In einem anderen Fragebogen wurden stringente Gesetz gefordert, die über unterschiedliche Gesetzbücher hinweg funktionierten, denn *„oftmals gibt es hier Lücken, sodass Kinder zu Tätern zurückkehren müssen.“*

Veränderungen für bzw. in Institutionen

Drei Befragte gaben an, dass Institutionen stärker zur Verantwortung gezogen werden sollten. Entschuldigungen der Täter*innen und Institutionen waren ihnen dabei unterschiedlich wichtig, während sie einigen im Rahmen von Aufarbeitung wichtig waren, lehnte eine andere Person es ab. *„Mich macht es immer wütend, wenn Institutionen sich entschuldigen, denn die Taten und der Umgang damit sind nicht zu entschuldigen.“*

Insgesamt wurden u.a. verpflichtende Schutzkonzepte für alle Institutionen gefordert, die verbindlich von Aufsichtsbehörden überprüft werden sollten. Eine Person schrieb, diese Ziele seien erreicht, *„wenn institutionelle Strukturen IMMER auf die Begünstigung von Missbrauch hin unter die Lupe genommen werden.“*

Einige Befragte thematisierten Veränderungen in der Kirche, an denen Veränderungen gemessen werden könnten: *„Wenn Täter aus dem kirchlichen Bereich der staatlichen Justiz übergeben werden, denn es heißt gleiches Recht für alle.“* Es müsste dort „wirkliche“ Veränderungen geben: *„Wenn die Opferfreundlichkeit in der Kirche nicht nur behauptet wird, sondern den Opfern erfahr- und spürbar wird.“*

Veränderungen im Hilfesystem

Zwei Befragte gaben an, dass eine Veränderung sichtbar werden würde, *„wenn helfende und schützende Institutionen besser vernetzt werden“* bzw. *„Jugendamt, Familiengericht und Polizei im Sinne der Betroffenen zusammenarbeiten.“*

Weitere zwei Personen würden die Ziele als erreicht ansehen, wenn Funktionsträger*innen aus Justiz, den Behörden und der Medizin den Fällen entsprechend ausgebildet wären und es zu einer angemessenen Anerkennung der Erfahrung von Betroffenen und einem angemessenen Umgang damit komme. *„Wenn die innerpsychischen und psychosomatischen Folgen wie selbstverständlich in einen Zusammenhang mit dem Missbrauch gesehen werden, dies anerkannt und danach ‚ge- bzw. behandelt‘ wird.“*

Die Anerkennung von Folgen wurde auch für andere Ämter thematisiert, z.B. für die Agentur für Arbeit und im Rahmen von Rentenanträgen. Insgesamt sollten Betroffene im Gesundheitswesen ernster genommen werden. Das könnte möglich werden, *„wenn das Thema einen festen Bestandteil in der Lehre (soziale Arbeit, Medizin, Psychologie...) findet.“*

Eine bessere Ausbildung wurde auch für Institutionen der Justiz thematisiert: *„Wenn Justiz Missbrauch aufdeckt und geschult ist. Es gibt viele dunkle Facetten, die dem Justiz-System unbekannt scheinen.“*

Eine weitere Person würde sich für die Anzeige und Beweisaufnahme von Taten eine andere Institution als die Polizei wünschen, jedenfalls für den Erstkontakt. *„Dafür müsste es eine andere Institution mit gleichem Recht geben.“*

Der Zugang zum Hilfesystem wurde nicht nur auf individueller, sondern auch auf institutioneller Ebene thematisiert: *„wenn es leichter wird, Hilfsangebote aufzuspüren. Ich finde es unendlich schwer, überhaupt zu erfahren, wer und welche Institutionen mir therapeutisch, unterstützend, evtl. wirtschaftlich helfen kann.“* Die Ziele könnten als erreicht angesehen werden, *„wenn nicht nur*

*Betroffene, sondern auch Verantwortliche aller relevanten Disziplinen leichter über sexuellen Missbrauch sprechen. Wenn also die Unterstützer*innen überall (nicht nur in der Beratung oder Therapie) mehr und sichtbarer sind.“ Um dazu beizutragen, müssten „helfende und schützende Institutionen besser vernetzt werden.“*

Gleichzeitig wurde in einem Fragebogen dazu aufgefordert, das Hilfesystem auch kritisch zu sehen. Die Ziele seien erreicht, *„wenn auch die Folgen falscher Therapie und emotionaler Missbrauch/ Sexismus im Hilfesystem thematisiert werden.“*

Überlegungen zum Umgang mit Täter*innen

Einige Antworten bezogen sich auf Prävention und Therapie für Täter*innen; sie sollte verpflichtend sein bzw. habe die Kommission ihre Ziele erreichte, *„wenn Täter erst einmal wissen, dass sie Täter sind und eine Therapie für notwendig halten.“*

Wichtig sei auch, dass *„auch ‚heikle‘ Täter öffentlich benannt und zur Verantwortung gezogen werden“* und dass auch *„sexueller Missbrauch und die Gewalt durch Frauen – insbesondere von Müttern – offen thematisiert wird.“*

Anmerkungen zur Aufarbeitungskommission

In einigen Fragebögen wurden Aufforderungen an die Kommission formuliert, so beispielsweise: *„Die Ziele sollten hoch genug gesteckt werden, so dass sie immer weiter vorantreiben.“* Weitere Befragte fanden, dass die Ziele erreicht seien, *„wenn man Furcht und Respekt vor euch hat“* bzw. erst dann wenn alle der aufgeführten Ziele erreicht seien und *„vor allem die Wichtigkeit des Themas deutlich gemacht werden konnte“.*

Andere Befragte sahen die Möglichkeiten der Kommission bzw. die Frageformulierung kritisch: *„All dies kann die Kommission meines Erachtens nur graduell verbessern und manches auch gar nicht, weil sie dazu keine Befugnisse und Möglichkeiten hat. Die Kommission kann im besten Falle Prozesse anstoßen bzw. voranbringen, die graduell Verbesserung bringen. ‚Ziel erreicht‘ klingt für mich in diesem Zusammenhang doch sehr vermessen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nicht von sieben Mitgliedern einer Kommission geschafft werden.“*

Die begrenzten Möglichkeiten der Kommission wurden in einem Fragebogen aber auch als Chance gesehen. So seien die Ziele erreicht, *„wenn die politisch Verantwortlichen in Abstimmung mit NGOs eine wirklich unabhängige, d.h. souveräne und mit den notwendigen Mitteln ausgestattete Kommission einsetzen. Dann hätte die UKASK nämlich gezeigt, was sie nicht leisten konnte, weil man sie nicht ließ und warum es für die Verantwortungsträger besser ist, wenn sie Aufklärung und Aufarbeitung auch ausreichend unterstützen. Falls die UKASK das schaffen sollte, wäre das schon sehr viel.“*

Haben Sie darüber hinaus weitere Erwartungen an die Unabhängige Aufarbeitungskommission?

In dieser offenen Frage ging es um weitere Erwartungen an die Aufarbeitungskommission. Insgesamt wurden zu „Ja, und zwar folgende“ 146 Kommentare geschrieben.

Hier wurden unter anderem Erwartungen an die Kommissionsmitglieder formuliert. Fünf Personen thematisierten die Unabhängigkeit der Kommission: *„dass Sie weiter gut zusammenarbeiten und sich niemand kaufen lässt“* bzw. *„dass Sie wirklich unabhängig sind in ihrem Denken“*. Der Begriff wurde durchaus auch kritisch gesehen: *„Bitte überlegen, ob der Begriff unabhängig zutrifft, wenn man kaum Ressourcen hat und keinerlei Durchgriff. Er wird im Umgang mit Missbrauchskriminalität schon fast inflationär benutzt. Wo selbst die katholische Kirche Unabhängige einsetzt, sollte man mit dem Wort besonders vorsichtig sein.“*

Befragte forderten Hartnäckigkeit und Durchhaltevermögen von den Mitgliedern der Kommission, zudem nannten sieben Befragte die Ehrlichkeit der Kommissionsmitglieder und forderten, dass diese nicht die eigene Profilierung verfolgen sollten. Notwendig seien eine *„fortdauernde offensive, aber konstruktive Information und eine Diskussion mit der Öffentlichkeit“*, die Kommission solle *„wirklich langfristig am Thema bleiben und es nicht parteipolitisch nutzen.“* Eine häufig genannte Erwartung war ein langfristiges Engagement und Durchhaltevermögen der Kommission, auch über die bisherige Laufzeit hinaus. Eine Person erwartete, dass die Kommission Druck auf die Politik ausübe, *„um die im internationalen Vergleich beschämend niedrige finanzielle Investition in Aufarbeitung zu erhöhen.“*

Zwölf Befragte formulierten die Sorge, dass die Arbeit nicht nachhaltig sein könnte, *„bisher ist ja das meiste letztendlich im Sande verlaufen.“* Sie forderten Transparenz und die Möglichkeit, Ergebnisse einsehen zu können. Die Arbeit der Kommission solle politische Konsequenzen haben und die Situation der Betroffenen verbessern, sie solle sich dafür einsetzen, dass entwickelte Maßnahmen in Institutionen konsequent umgesetzt werden bzw. dass Institutionen zu Maßnahmen verpflichtet werden sollten.

„Meine Erwartung ist nicht, dass Sie den Missbrauch beenden, sondern offenbar machen und Druck ausüben – hinsehen statt wegzusehen – zu enttabuisieren. Meine Erwartung ist, dass Sie zu einem Anstoß werden, ein Anstoßstein, der manches zum Rollen bringt. Meine Erwartung ist, dass durch Sie nachhaltige Konsequenzen gezogen werden. Meine Erwartung ist, dass das Thema sexuelle Gewalt ein Dauerbrenner bleibt, präsent bleibt.“

14 Befragte erwarteten eine gute Öffentlichkeits- und Pressearbeit der Kommission. Einige wiesen darauf hin, dass die Kommission und ihre Arbeit zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht ausreichend bekannt gewesen seien. Wichtig war einigen auch ein niedrigschwelliger Zugang zu den Ergebnissen der Arbeit der Kommission in leicht verständlicher Darstellung. Die Kommission sollte erreichen, dass das Thema in der Öffentlichkeit dauerhaft präsent ist.

Weitere Erwartungen bezogen sich auf die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Betroffenen. In diesem Zusammenhang nannten einige Befragte, dass ein Netzwerk geschaffen und Betroffene von sexuellem Missbrauch eingebunden werden sollen. Eine Person formulierte die Erwartung, *„dass es möglich wird, dass alle Betroffenen, die das wünschen, angehört werden“*, eine

andere „*dass die Befragungen so sensibel durchgeführt werden, dass Betroffene nicht hinterher die nächste Therapie benötigen.*“

Für sechs Personen war außerdem wichtig, dass alle Arten von (sexueller) Gewalt anerkannt und thematisiert werden. Mehrfach wurden die Themen rituelle und organisierte Gewalt genannt. „*Es wäre ganz wichtig auch diese mehr in den Fokus zu bringen, damit Betroffene nicht mehr als Spinner abgetan werden.*“ Andere Themen waren u.a. sexuelle Gewalt gegen Jungen, Mind Control und Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen und Behinderungen.

Viele der ergänzenden Erwartungen bezogen sich auf den stigmatisierenden Umgang der Gesellschaft mit Betroffenen und den Folgen von Missbrauch. Mehrere der Befragten thematisierten dabei auch die Integration in den Arbeitsmarkt und berufliche Zukunftsperspektiven von Betroffenen. „*Überlebende müssen Unterstützung erfahren im Nachholen von Zugängen zu einer eigenen Erwerbsbiographie. Oder auch zum Wechsel der eigenen Ausrichtung, wenn nach dem Sprechen bisherige Überlebensmuster – auch beruflich – nicht mehr funktionieren oder gar individuell schädlich sind. Opfer dürfen nicht weiter nur ‚eine Vergangenheit‘ haben, sondern müssen Zukunftsperspektiven gestalten können. Hierfür braucht es gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung.*“ „*Erst wenn Betroffene in aller Offenheit und ohne Stempel Teil der professionellen Welt sein können, wird das Tabu, das Schweigen rund um sexualisierte Gewalt gebrochen sein.*“

Einige Befragte formulierten die Erwartung, dass die Kommission dazu beitrage, dass Institutionen Verantwortung übernehmen: „*Darauf drängen, dass unabhängige Untersuchungskommissionen bei institutioneller sexueller Gewalt eingesetzt werden und sich die Organisationen nicht mehr selbst ‚aufarbeiten‘ können.*“

Zehn Personen erwarteten, dass die Kommission eine umfassendere Aufklärungsarbeit leiste, die zu einer Verbesserung in Aus- und Fortbildungen für Professionelle (Ärzt*innen, Therapeut*innen, Psychiater*innen, Jurist*innen, Pädagog*innen...) beitrage, den Zugang zum Hilfesystem erleichtere und die Reform des Opferentschädigungsgesetzes vorantreibe bzw. den Fonds sexueller Missbrauch stärke. „*Eine politische und gesellschaftliche Debatte reicht nicht aus. Es braucht mehr Hilfen in Form von therapeutischer Unterstützung.*“ Wichtig sei „*vereinfachte, unbürokratische, opferfreundliche Hilfe*“.

19 Personen benannten konkret die Übernahme von Therapiekosten sowie eine Verkürzung der Wartezeiten auf Therapieplätze. Außerdem wurde ein einfacherer Zugang zu Entschädigung und die Anerkennung einer Behinderung aufgrund psychischer Belastungen thematisiert. Zwei Personen gaben an, dass die Finanzierung von Assistenzhunden ermöglicht bzw. erleichtert werden solle.

Andere Befragte forderten die Abschaffung von Glaubwürdigkeitsprüfungen und der Beweislast von Betroffenen, 13 Personen erwarteten die Abschaffung von Verjährungsfristen. Eine Befragte schrieb: „*Die Anerkennung der Betroffenen sollte unabhängig von einer Verurteilung der/des Täters erfolgen. Opferschutz geht vor Täterverfolgung!*“ Eine andere Befragte wünschte sich die Möglichkeit, „*sich irgendwo registrieren zu lassen, um keine Dunkelziffer zu sein, z.B. wenn der Täter schon tot ist oder keine Anzeige gewollt ist.*“

Einige Befragte setzen sich für mehr Forschung ein „*über Langzeitfolgen von sexuelle Missbrauch, z.B. auch psychische und körperliche Erkrankungen*“ bzw. „*eine statistische Erhebung, wie wenig Opfer Entschädigung nach dem OEG bekommen*“. Andere sahen das kritisch: „*Die wesentlichste Aufgabe*

der Kommission wäre für mich nicht, Wissen zu sammeln, sondern vorhandenes Wissen zu systematisieren, konkrete Forderungen darauf abzuleiten und zusammen mit anderen Akteuren die Umsetzung in der Praxis durchzusetzen.“

Aufarbeitung ist für mich...

Insgesamt formulierten 281 Befragte einen Freitext.

51 Befragte beschrieben Aufarbeitung als ein umfassendes Verstehen von dem, was geschehen ist, das Klären von Ursachen und das Erkennen von Folgen. Damit sollten auch Konsequenzen einhergehen, sowohl für Betroffene, die aktuell an Folgen leiden, aber auch für Prävention. Auch das Aufdecken von gesellschaftlichen Strukturen spielte hier eine Rolle: *„Wenn festgestellt wird, was geschehen ist, wie es dazu gekommen ist, welche Ursachen dahinter stecken und was getan werden muss, damit es sich nicht wiederholt.“* *„Hierzu ist die Benennung von Strukturen, die den Missbrauch ermöglichen, auch eine Voraussetzung. Denn zu meiner Salutogenese zählt auch, dass sexualisierte Gewalt gegen Kinder in unserer Gesellschaft eingedämmt wird.“* *„Sich mit Bedingungen der Entstehung und Aufrechterhaltung auseinanderzusetzen um schließlich an diesen anzusetzen für Intervention/ Prävention, das Thema in den allgemeinen gesellschaftlichen Dokus zu setzen, Entschädigung/ Unterstützung für zum Opfer gewordene Menschen durchzusetzen und natürlich auch Ansetzen bei den Täter*innen.“* *„Klärung dessen, was war und Klärung dessen, warum alle darüber hinweggesehen haben und Klärung der Bedingungen, warum Missbrauch vertuscht und verleugnet werden konnte und verleugnet wird.“* *„Aufarbeitung ist eine ernsthafte Erforschung der Taten, das benennen und Anerkennen der Taten und des Leids, das sie verursacht haben, mit dem nötigen Respekt vor den Menschen.“*

Weitere 54 Personen thematisierten Hilfe und Unterstützung für Betroffene. Sie formulierten allgemeine Forderungen nach *„ausreichender“* bzw. *„angemessener“* Hilfe und nannten konkrete Forderungen nach Therapien bzw. der Verbesserung des therapeutischen Angebotes und dessen finanzielle Absicherung, Verbesserung der beruflichen Möglichkeiten und finanzielle Entschädigung für Betroffene sowie Hilfen für Täter*innen und Angehörige von Betroffenen. *„Dass Therapien sowohl ambulant als auch stationär über einen längeren Zeitraum finanziert werden, ohne den oft andauernden Bürokratie- und Antragskampf.“*

In diesem Bereich ging es auch um die individuelle Aufarbeitung der Befragten: *„Aufarbeitung ist in erster Linie: über das Erlebte Reden können, wissen wo und mit wem ich das tun kann, Hilfestellung erhalten, bei der Überlegung ob ich weitere Schritte unternehmen möchte und welche, an wen ich mich wenden kann um herauszufinden, welche Möglichkeiten ich habe und wer mich unterstützt bei der Überlegung, ob / welche ich wahrnehme und welche Konsequenzen das haben kann.“*

Daran schließt ein weiterer Bereich an, der sehr häufig thematisiert wurde: 183 Befragte äußerten sich zu Aufarbeitung auf der persönlichen Ebene. Dabei ging es einigen darum, das Geschehene zu überwinden, sich *„nicht mehr als Opfer zu fühlen“*, gleichzeitig aber mit den Folgen der erlebten Gewalt ernst genommen zu werden und keine Stigmatisierungen und keine Schuldzuweisungen zu erleben. *„Dass ich irgendwann mit dem, was ich erlebt habe, leben kann ohne mich dafür schämen zu*

müssen oder schuldig zu fühlen, ohne Angst zu haben, dass es jemand erfährt, weil ich dann nur noch Opfer bin. Dass ich meine Ziele verfolgen kann, ohne mich vor diesen Erlebnissen immer wieder ausbremsen oder auch umhauen zu lassen.“ Viele thematisierten die Überwindung des Traumas, den Wunsch nicht mehr so belastet zu sein, ein „normales Leben“ führen zu können bzw. „damit leben zu lernen.“ Der Weg dorthin wurde sehr unterschiedlich beschrieben, einige wünschten Unterstützung durch Therapie und Beratung, andere wollen gehört und forderten ernst genommen und gehört zu werden.

„Aufarbeitung bedeutet für mich, die Erinnerungen zuzulassen und aushalten zu können, lernen mit den Folgen umzugehen und irgendwann dahin zu kommen, dass man das als Teil seiner Vergangenheit sehen kann, ohne weiter daran zu zerbrechen. Es bedeutet auch für mich, dass ich Begleitung habe, beim Anschauen der Finge, ernstgenommen werde, wenn ich wieder Dinge erinnere, und mir geglaubt wird.“ „Mich nicht mehr für etwas schämen zu müssen, was ich nicht verschuldet habe.“ „Zu lernen damit zu leben und trotzdem glücklich und stark zu sein!“ „Dass ich lerne, trotz der erlebten Gewalt ein einigermaßen zufriedenes Leben zu leben. Dass ich die Folgen der Gewalt als solche erkenne. Dass ich lerne mich zu wehren. Dass ich meiner Wahrnehmung vertraue. Für mich fühlt es sich an, als wäre mein gesamtes Leben durch den Missbrauch beeinflusst. Es fällt mir schwer auszudrücken, was die Aufarbeitung für mich bedeutet hat. Ich denke, sie hat mir Leben ermöglicht.“

24 Befragte beschrieben Aufarbeitung als Anerkennung durch die Gesellschaft: „Anerkennung, dass Unrecht geschehen ist, etwas, das nicht wieder gutgemacht werden kann, aber anerkannt.“

„Aufarbeitung ist eine Chance, Betroffenen Anerkennung dafür zu zollen, dass sie überlebt haben, eine Chance für die Politik und die Gesellschaft, alte Fehler in Zukunft nicht mehr zu machen.“ „Eine öffentliche und umfassende Anerkennung dessen, was nichtöffentlich an Unrecht geschieht und geschehen ist.“ „Gesellschaftliche Akzeptanz der Spätfolgen.“

Wichtig war, dass Betroffenen geglaubt werde „statt nach Beweisen gefragt zu werden“ und sie nicht stigmatisiert werden. *„Dass die Gesellschaft völlig unverfänglich mit diesem Thema umgehen kann und man nicht wie eine Aussätzige bzw. eine Person behandelt wird, die eine Macke hat. Dass die Klischees, die es immer noch in der Gesellschaft gibt, endlich passé sind oder Menschen, die öffentlich Klischees äußern dafür geächtet werden, auch politisch.“* Dazu müsste gesellschaftliche gut informiert und aufgeklärt werden und Missbrauch als Thema enttabuisiert werden: *„Aufarbeitung bedeutet sich einsetzen dafür, dass sich etwas in den Köpfen, es kein Tabu mehr gibt, das den Opfern die Schuld und die Scham auch noch auf die schon schweren Schultern legt.“* „Die Gesellschaft übernimmt Verantwortung, wenn öffentlich und politisch diskutiert wird, die Betroffenen sind dann nicht mehr einsame Opfer.“

Für 40 Befragte ging Aufarbeitung damit einher „das Schweigen zu brechen“, „nicht länger zu schweigen“ oder „endlich gehört zu werden“. Das hing eng mit den geforderten gesellschaftlichen Veränderungen zusammen, es sollte möglich sein „darüber reden zu können, eine Atmosphäre zu haben, in der man darüber reden kann und nicht gleich beschämt das Thema gewechselt wird.“ „Dass darüber gesprochen werden kann, dass Betroffene auf vorhandenes Wissen treffen und nicht das Unvorstellbare erst vorstellbar machen müssen.“ „Einfach darüber reden zu können. Ohne gesellschaftliche Stigmatisierung.“

19 Befragte thematisierten Gerechtigkeit. Für die einen bedeutete Aufarbeitung Gerechtigkeit, andere verbanden damit eine Bestrafung/ Verurteilung der Täter*innen. Acht weitere Personen nannten Institutionen im Zusammenhang mit Aufarbeitung. Eine Person forderte

Entschädigungszahlungen, andere schrieben beispielsweise: *„Für Institutionen bedeutet es in meinen Augen, sich ihrer Vergangenheit zu stellen und zwar auch all dem, was an Unrecht geschehen ist und offen damit umzugehen, bereit sein für Kritik und Wiedergutmachung an Betroffenen.“*

Acht Befragte forderten einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit Täter*innen; *„dass sie verschwinden und sich klein machen, nicht die Opfer“, „die Anerkennung der Opfer und nicht der Täter.“*

Für neun Personen war „Aufarbeitung“ nicht das richtige Wort oder in ihrer aktuellen Situation nicht relevant: *„Naja, die Illusion, dass man alles einfach nur ‚aufarbeiten‘ müsste und dann wären die Nachwirkungen dessen weg, die nervt ziemlich...nicht alles ist heilbar und mit manchen Dingen muss man leben lernen, z.B. mit Flashbacks und Alpträumen etc.“*

„Das falsche Wort. Es suggeriert man müsse nur genug daran ‚arbeiten‘, dann ist es irgendwann erledigt. Im Umkehrschluss, wenn es nicht gelingt, hat man sich eben nicht genug angestrengt? Neoliberale Weltsicht...“

Andere beschrieben Aufarbeitung als „Kampf“ oder als *„unendliche endlose Anstrengung und keiner außer Therapeuten und Betroffenen versteht einen.“*

Anerkennung von Leid und Unrecht ist für mich...

Für die Anerkennung von Leid und Unrecht fanden es 42 Befragte wichtig, dass ihnen geglaubt wird, dass der Missbrauch nicht angezweifelt wird und dass auch die Folgen anerkannt werden: *„dass andere akzeptieren, dass das was geschehen ist, einen tiefen Abdruck in meinem Leben hinterlassen und mich zu dem geformt hat, was ich bin; dass manches aufgrund dessen so viel mehr Anstrengung kostet. (...) Kurzum: ich möchte ernst genommen werden und nicht als Lügnerin abgestempelt werden.“* Diese Anerkennung war für eine Betroffene *„das wichtigste in meinem Leben. Ohne Anerkennung bleibt man ein Leben lang ein Lügner.“* Für andere bedeutete es *„Genugtuung, ein gutes Gefühl endlich ernst genommen zu werden“* oder *„davon ausgehen zu können, dass, wenn ich von meinen Erfahrungen berichte, anerkannt wird, egal wie ‚harmlos‘ das Erlebte objektiv und im Vergleich zu anderen Erfahrungen sein mag, es subjektiv für mich und mein Leben Leid, Unrecht und Beeinträchtigung bedeutet, dass dies angenommen wird, ohne es zu beurteilen.“*

17 Personen thematisierten auch wie wichtig es sei, dass die Taten nicht bagatellisiert werden und der Missbrauch gesellschaftlich als Verbrechen anerkannt wird. Dazu gehöre es, dass *„nicht mehr zu mir gesagt wird, mir wäre ja eigentlich nichts passiert.“* Die Taten sollten öffentlich benannt werden können und die Betroffenen sollten gesellschaftlichen Rückhalt erfahren: *„dass Tatbestände offen und klar benannt werden und dies auch so stehen gelassen wird, ohne Relativierungen, ohne Einschränkungen, ohne dass aus Angst vor schwer erträglichen Gefühlen das Geschehen heruntergespielt wird, aus einer Haltung des Respekts und Mitgefühls für die Betroffenen.“* Die gesellschaftliche Haltung dabei sei wichtig: *„Wenn die Öffentlichkeit mein Leid anerkennt und akzeptiert, mich jedoch nicht gleichzeitig zum Opfer macht.“* Es sei eine *„eine Unterstützung für meine Aufarbeitung, indem anerkannt wird, dass mir etwas passiert ist, das schlimm war. Darüber, dass mein Leid mir von außen gespiegelt wird, fällt es mir leichter, es selbst anzuerkennen und in einen Trauerprozess hineinzufinden.“*

Damit einher ging für fünf Personen, dass es keine Beweislast für Betroffene geben dürfe *„Es beginnt ja schon damit, dass niemand dir glauben wird, sofern nicht Beweise auf den Tisch gelegt werden. Zu gern werden Opfer in die Situation gedrängt, ALLES preiszugeben, da ihnen nur dann geholfen wird. Dass damit die traumatisierten Menschen noch größere Probleme bekommen können, wird gerne vergessen.“* „... das selbstverständliche Anrecht auf Entschädigung ohne WIEDER in der ‚Pflicht‘ zu sein entweder erneut und vollständig jedes Detail ausbreiten und preisgeben zu müssen und meine Glaubwürdigkeit nicht ständig in Frage gestellt zu bekommen und aus der permanenten Beweisspflicht genommen zu werden (bei Anträgen und ebenso vor Gericht).“

29 Personen betonten, dass eine Anerkennung auch bedeutete, dass Betroffene nicht beschuldigt werden, *„dass mir jemand sagt, dass ich nicht schuld daran bin, sondern NUR der Täter.“* *„Wenn die Gesellschaft von Leid und Unrecht weiß, mit offenen Augen und Herzen anerkennt, muss sich kein Betroffener verstecken und immer wieder Schuld und Verantwortung für erlittene Qualen übernehmen.“* *„Wenn Außenstehende anerkennen, dass Betroffenen Schaden zugefügt wurde, den sie nicht abwenden konnten, statt ihnen Schwäche oder Opfermentalität zu unterstellen.“*

Anerkennung wurde von sieben Befragten als *„eine Befreiung von Schuld und Scham“* beschrieben. *„Dass ich mich nicht mehr für etwas schuldig fühlen muss oder schämen muss, wofür ich nichts kann.“*

Für 19 Personen ging eine Anerkennung mit einer *„gerechten“*, *„adäquaten“*, *„wirklich hohen“*, *„harten“*, *„angemessenen“*, *„konsequenteren, nachhaltigeren“* Bestrafung von Täter*innen einher. Sechs Befragte thematisierten hier auch die Abschaffung von Verjährungsfristen.

Acht Personen nannten allgemein die Übernahme von Verantwortung. Damit waren u.a. gemeint, dass *„eine Gesellschaft anerkennt, was Menschen dieser Gesellschaft im Verborgenen angetan wurde“*, *„aber auch vom Staat“* und *„auf den verschiedenen Ebenen Verantwortung für die Taten“* übernommen werden soll, dafür dass es *„keinen Schutz, keine Hilfe, keine Strafe“* gegeben habe. Siebzehn Personen thematisierten die Gesellschaft, die Verantwortung übernehmen sollte, indem über Missbrauch gesprochen werden und Tabuisierung entgegengewirkt werden sollte. *„Dass alle in dieser Gesellschaft sich als in komplexer Weise mitbetroffene und mitverantwortliche Mitmenschen begreifen und auf allen Ebenen der Gesellschaft daran arbeiten zu verhindern, dass andere Mitmenschen im Schutze ihres eigenen Wegsehens, Nicht-Wissens, Nicht-Bemerkens (sexualisierte) Gewalt ausüben können.“*

Zehn Befragte meinten damit Täter*innen, die Verantwortung übernehmen und sich entschuldigen sollten. Eine Person schrieb: *„Anerkennung ist für mich im besten Fall ein Anerkennen vonseiten des Täters/der Täterin: Ja, das ist passiert, das habe ich getan.“* Der Wunsch nach einem Geständnis des/der Täter*in ging bei einigen mit der Erwartung einher, dass Betroffenen dann geglaubt werde.

Aber auch *„die die weggeschaut haben“* waren gemeint. Eine Person schrieb, Anerkennung sei für sie, *„von jemandem das Eingeständnis zu hören in Situationen versagt und mich ungeschützt gelassen zu haben.“* Vier Personen nannten hier die Familie; *„wenn meine Familie endlich erkennen würde, dass das Familiensystem den Missbrauch ermöglicht hat und sich bei mir entschuldigt.“* Sieben Personen nannten Organisationen und Institutionen, in denen Missbrauch stattgefunden hat.

37 Befragte betonten, dass das Anerkennen von Leid und Unrecht auch bedeute, dass Opfer von sexuellem Missbrauch nicht stigmatisiert werden und eine Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben ermöglicht werde. Es würde für sie bedeuten, *„dass ich ich sein darf und nicht ständig eine Fassade tragen muss“*, *„es aussprechen zu dürfen, ohne dass das Gegenüber aus dem Gespräch aussteigt“*, *„wahrgenommen, ernstgenommen und angenommen zu werden, und zwar so wie ich bin“*. Viele Betroffene schrieben über Erfahrungen der Ausgrenzung, der Erwartung sich verändern zu müssen und eine Abwendung von Freunden oder Bekannten, nachdem sie über Missbrauchserfahrungen gesprochen haben. *„Es geht für mich darum, dass ich mich irgendwann nicht mehr vor anderen Menschen verstecken muss mit meiner Geschichte, aus Angst, dass Abstand von mir genommen wird.“* *„Wenn ich mich nicht mehr dafür rechtfertigen muss warum ich so bin wie ich bin, reagiere wie ich reagiere und man nicht ungläubig angeschaut wird, wenn man offen darüber spricht oder sogar als Lügnerin bezeichnet wird.“* *„...dass zu Opfern Gewordene nicht ausgegrenzt, stigmatisiert und oft in Armut und Hilflosigkeit getrieben werden. Dass Gewalt und Leid und Unrecht nicht weiter zum individuellen Problem und zur Pathologie erklärt werden.“* Insgesamt sei es wichtig *„nicht auf die Opferrolle reduziert“* bzw. *„als Opfer abgestempelt zu werden.“* Betroffene sollten mir ihren Ressourcen und Fähigkeiten anerkannt werden: *„Ja, es gibt Einschränkungen, ich brauche Unterstützung, aber ich habe auch Fähigkeiten, die ich einbringen könnte in die Gesellschaft.“* Einige sprachen sich für eine Verwendung von *„Überlebende“* statt *„Opfer“* aus. 19 Befragte betonten, dass Anerkennung bedeute, dass sie nicht als Opfer stigmatisiert werden, sondern als Überlebende von sexuellem Missbrauch anerkannt und akzeptiert werden. Dabei ging für 10 Personen einher, dass Betroffene kein Mitleid brauchen, sondern *„Verständnis“*, wichtiger sei es *„verständnisvoll zu sein und die Grenzen von anderen zu akzeptieren.“*

Für drei Personen hatte Anerkennung auch damit zu tun, dass ihnen auf Augenhöhe begegnet wird und Betroffene als Expert*innen anerkannt werden. Es bedeute *„Auseinandersetzung und Kommunikation mit mir auf Augenhöhe“* und sei erreicht *„wenn wir selbst als Fachleute anerkannt werden und es selbstverständlich ist, dass Betroffene in den zuständigen Gremien sitzen.“*

Ein Anerkennen von Leid und Unrecht bedeutete für 26 Personen auch das Akzeptieren der Folgen von sexuellem Missbrauch. Das umfasste einerseits dass die Folgen ein Leben lang anhalten und noch nach vielen Jahren zu spüren sind und andererseits eine Legitimation von Schmerzen und Leiden sowie eine Akzeptanz in manchen Bereich eingeschränkt zu sein. Das sei eine *„Entlastung, weil andere dann (hoffentlich) anerkennen, dass es mir schlecht gehen ,darf‘.“* Wichtig sei *„Anerkennen, akzeptieren, dass Folgen ein Leben lang anhalten und Leben in bestimmten individuellen Bereichen einschränken können. Komme mir in bestimmten Bereichen vor wie in einem Rollstuhl, den keiner sieht.“*

Zehn Befragte thematisierten dabei, dass eine Folge sexuellen Missbrauchs sein kann, dass Betroffene nicht (voll) erwerbsfähig sind. Um Ausgrenzung und Armut zu vermeiden, sollen entsprechende Angebote und finanzielle Unterstützung vorhanden sein. Anerkennung sei dann *„mich nicht rechtfertigen zu müssen für geringe Belastbarkeit in vielen Ebenen“* oder *„keine subtile Verachtung, weil ich nicht leistungsfähig bin.“* Drei Personen nannten, dass bei Bedarf ein Behindertenstatus problemlos anerkannt werden sollte.

Einem Großteil der Befragten (36 Personen) war im Rahmen der Anerkennung von Leid und Unrecht auch finanzielle Unterstützung bzw. Entschädigung wichtig. Diese sollten *„bürokratiearm“* und *„ohne*

große Hürde“ zu erreichen sein. Weitere 33 Personen nannte, dass ausreichend Therapieangebote zur Verfügung gestellt werden und die Therapiekosten uneingeschränkt von Krankenkassen übernommen werden sollte. Anerkennung bedeutete hier, „dass man sie Therapien und Hilfen bekommen kann, die man braucht.“ Damit gehe auch einher, dass zwischen Therapien keine Wartezeiten entstehen (drei Personen) und Betroffene eine freie Therapiewahl haben (zehn Personen). Sechs Personen fordern eine bessere Ausbildung für Fachkräfte und „gut ausgebildete Trauma-Therapeuten“. Andere forderten „flächendeckend Recht auf Hilfe“ oder „nicht so um Hilfeleistungen kämpfen zu müssen.“ 16 Personen berichten über Probleme mit Behörden und bürokratische Schwierigkeiten. Dabei ging es u.a. um wiederholtes Beweisen von Glaubwürdigkeit, Zugang zum Hilfesystem und darum sich „ständig gegenüber Leistungsträgern rechtfertigen zu müssen.“ „Anerkennung bedeutet für mich, dass ich nicht zwei, drei oder gar fünf Mal beim OEG ‚überprüft‘ werde.“

Einige Befragte bezogen sich in ihrer Antwort auf die eigene Auseinandersetzung mit der Missbrauchserfahrung und auf die eigene Genesung beziehen. Anerkennung war für sie „zu akzeptieren, dass Leid und Unrecht ein Teil von mir sind und ich es nicht ungeschehen machen kann, ich dem Schmerz nicht mehr so viel Macht über mich geben will und dass das Leben weiter geht“, „von meinem Selbsthass wegzukommen“, „abschließen zu können“ oder „mir selbst trauen zu können.“

Andere grenzten sich von Anerkennung von Leid und Unrecht ab: „Ich kann mit den Worten nichts anfangen und suche keine Anerkennung durch irgendjemanden“ „Mein Leben ohne Missbrauch und die Folgen kann mir niemand geben.“ Eine Person schrieb, es sei für sie „nicht so wichtig, Hauptsache es geht mir jetzt gut.“ Andere hielten sie nicht für möglich oder äußerten sich skeptisch („irrelevant, ich brauche keine ‚Opfer-Medaille‘“).

Ein Ziel der Aufarbeitungskommission ist es, das Leid der Betroffenen und das Unrecht, das ihnen geschehen ist, anzuerkennen.

Was könnte die Kommission tun, damit das gelingt?

(n=316)

Sie müsste in ihren Berichten nicht nur die Taten, sondern auch die unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die Betroffenen benennen.	277	87,7 %
Sie müsste sich hinter die Betroffenen stellen.	212	67,1 %
Sie müsste in ihren Berichten Täterstrategien und Täterverantwortlichkeit benennen.	209	66,1 %
Sie müsste in ihren Berichten die Verantwortlichkeit der Institutionen und der Gesellschaft benennen.	203	64,2 %
Sie müsste den Betroffenen das Gefühl geben, dass ihnen bedingungslos geglaubt wird.	202	63,9 %
Sie müsste Betroffenen das Gefühl geben, dass das Unrecht anerkannt wird, indem klar gesagt wird: „Es war nicht deine Schuld.“	188	59,5 %
Sie müsste Institutionen gegenüber Position beziehen und konstruktiv die Verantwortlichen zur Aufarbeitung einladen.	170	53,8 %
Sie müsste das geschehene Unrecht in ihren Berichten benennen.	168	53,2 %
Sie müsste sich für finanzielle Entschädigung einsetzen.	152	48,1 %
Sie müsste im Anschluss an die Anhörungen das Leid und Unrecht in einem Schreiben an die Betroffenen oder in einer Urkunde anerkennen.	51	16,1 %

In dieser Frage gab es zehn vorgegebene Antwortkategorien, außerdem haben 70 Personen einen Kommentar zu „die Kommission sollte folgendes tun“ verfasst, die in vier Kategorien zusammengefasst wurden.

Öffentlichkeitsarbeit und Enttabuisierung

Fünf Befragte hoben hier die Relevanz von Öffentlichkeitsarbeit der Kommission hervor, um die Gesellschaft zu sensibilisieren und das Thema zu enttabuisieren und damit „*gegenüber Ämtern, Politik und Gesellschaft eine Lobby für Betroffene*“ zu sein. Weiteren vier Personen war dabei eine sachliche Darstellung wichtig, sie sollte „*sich von Klischees und Stereotypen fernhalten, die Individualität und Muster anerkennen.*“

Das Aufzeigen und Benennen von gesellschaftlichen Strukturen, die Missbrauch ermöglichen war für drei Personen wichtig, damit solle herausgearbeitet werden, „*warum sexualisierte Gewalt ein gesamtgesellschaftliches Problem mit weitreichenden Folgen für die Gesellschaft darstellt, dem sich auch die Politik in konsequenter und umfassender Weise widmen muss.*“ Damit einher gingen Aufforderungen, dass die Kommission sich politisch für Betroffene einsetzen bzw. Einfluss auf die Politik nehmen sollte. Sie sollte „*Betroffenen helfen sich selbst zu vertreten.*“ Eine konkrete Forderung für die sich eingesetzt werden sollte, war beispielsweise eine verbindliche Umsetzung von Mindeststandards in der Prävention von sexuellem Missbrauch.

Verbesserung der Situation von Betroffenen und Zugänge zu Hilfen

Hilfen für Betroffene, Entschädigung und Zugang zu entsprechender professioneller Unterstützung waren ein häufiges Thema und wurden in 17 Fragebögen genannt. Acht Personen hoben die Relevanz einer Reform des Opferentschädigungsgesetzes hervor und wie wichtig finanzielle Entschädigung ist, mit der Therapien und damit persönliche Aufarbeitung finanziert werden könnten. *„Endlich Hilfen und einen Rechtsanspruch auf diese Hilfen installieren.“* Die Kommission sollte sich für Therapiemöglichkeiten und Fachberatungsstellen einsetzen und *„benennen, wie schwierig es für Betroffene oft ist, auch als Erwachsene Hilfe zu bekommen und benennen, dass es für Betroffene mit komplexen Traumafolgen nochmal um ein vielfaches schwieriger ist.“*

Die Antworten von vier Personen bezogen sich auf die Zukunftsperspektiven der Betroffenen. Demnach soll der Blick nicht nur auf die Vergangenheit und deren Aufarbeitung gerichtet werden, sondern auch in die Zukunft. Betroffene sollten Unterstützung bekommen, um eine (berufliche) Zukunft zu haben. *„Zukunftsperspektiven für Betroffene gesellschaftlich verankern helfen. Betroffene dürfen nach dem Schweigenbrechen nicht mit den Konsequenzen (privat, schulisch, beruflich) allein gelassen werden.“*

Auch die Erfahrungen von Betroffenen in Behörden wurden von drei Befragten thematisiert. Die Kommission sollte *„sich einsetzen das andere Behörden einem keine zusätzlichen Steine in den Weg legen, da die eigenen Steine schon ausreichen genug sind“*.

Weitere drei Befragte thematisierten die Bekämpfung der Stigmatisierung und eine Vermeidung der Verfestigung des Opferstatus: *„Die Kommission sollte wenn möglich die Folgen der Opfer so benennen, dass diese nicht erneut zu Opfern gemacht werden, als Versager gesehen oder erneuten Stigmatisierungen ausgesetzt werden. Eine Gratwanderung.“*

Auffällig ist, dass in drei Fragebögen auf die Themen Mind Control und organisierte Gewalt hingewiesen wurde, hier fehlten besonders Unterstützungsangebote.

Anmerkungen zu den Anhörungen der Kommission

Sieben Befragte nannten einen respektvollen, empathischen und sensiblen Umgang mit Betroffenen von sexuellem Missbrauch, die Kraft, die es koste an einer Anhörung teilzunehmen, sollte entsprechend honoriert werden. Einigen war es sehr wichtig, dass die Geschichten der Angehörten nicht angezweifelt werden, gleichzeitig antwortete eine Person, dass es nicht um bedingungsloses Glauben gehe, Betroffene sollten aber *„ernst genommen werden und auf hohem fachlichen Niveau als glaubwürdig gesehen werden“*.

Vier Befragte thematisierten, dass die Kommission *„alles tun soll, was möglich ist, damit auch andere Personen und Institutionen das Unrecht anerkennen“*. Davon nannten drei Personen, dass die Kommission die Familie informieren soll, dass den Betroffenen geglaubt werde: *„Ich fänd es super, wenn die Kommission meine Familie (also allen Mitgliedern, die ich angebe) darüber informieren würde, dass ich an einer öffentlichen Anhörung teilgenommen habe. Darin sollte stehen, dass die Kommission mir glaubt und es gut findet, dass ich diesen Schritt gegangen bin. Zudem sollten Folgen erklärt werden.“*

Weiteres

Einige der Antwortvorgaben wurden durchaus kritisch gesehen. Eine Person wies auf die Gefahr hin, dass Betroffenen nicht geglaubt werde, wenn Verantwortliche eingeladen würden und ihre Position verteidigen dürften: *„Verantwortliche der Institutionen einzuladen birgt für Opfer immer auch die Angst: ‚Die werden es schaffen vor der Kommission alles wieder anders darzustellen und ich stehe erneut als Lügner da.‘“*

Auch bezüglich der schriftlichen Anerkennung von Leid und Unrecht gingen die Meinungen der Befragten weit auseinander. Vier Personen sprachen sich ausdrücklich für eine schriftliche Anerkennung aus: *„Die Kommission müsste im Anschluss an die Anhörungen das Leid und Unrecht in einem Schreiben an die Betroffenen oder in einer Urkunde anerkennen: Finde ich persönlich eine absolut wünschenswerte Anerkennung und kann meines Empfindens nach ein riesen Schritt für Betroffene sein die Schuld an die Täter abzugeben und zu richten.“* Drei Befragte standen einer schriftlichen Anerkennung, insbesondere einer „Opferurkunde“ skeptisch gegenüber und sahen deren Zweck nicht. *„Eine Opferurkunde? Im Ernst?“*

Um welche Aspekte müssten Ihrer Meinung nach die Befugnisse der Kommission erweitert werden?

Diese Frage wurde offen und ohne ankreuzbare Antwortvorgaben gestellt. Insgesamt haben 160 Personen Antworten eingetragen.

Gesetzliche Grundlage und politische Einflussnahme

Neun Befragte forderten eine gesetzliche Grundlage für die Kommission. *„Die Kommission braucht juristische Legitimation und juristische Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten. Ich hoffe, dass der Start ein Anfang ist, politisch aber weiter für ein Mandat auf gesetzlicher Grundlage gekämpft wird.“* *„Die Befugnis der Kommission sollte unbedingt um die gesetzlichen Befugnisse erweitert werden, sonst hat die ganze Aufarbeitung der Kommission keinen echten Erfolg und Sinn auf gesetzlicher Ebene.“*

Außerdem forderten 34 Personen mindestens nachgeordnet exekutive Rechte. Kernelemente dieser Forderungen waren ein Recht auf Akteneinsicht und/ oder das Recht Personen vorladen zu dürfen. Einige Befragte schränkten einige diese Akteneinsicht auf bestimmte Institutionen, wie z.B. das Jugendamt ein, andere fordern das Einverständnis der Betroffenen. Für zwei andere könnte eine solche Akteneinsicht Grundlage für das Einleiten neuer Verfahren sein. Weitere Befragte sahen hier eine Grundlage für Entschädigungszahlungen, andere sahen das kritisch: *„Über Entschädigungen müssen Gerichte entscheiden, sonst wäre das Aushebelung des Rechtsstaats.“*

In anderen Fällen ging es vor allem um eine Kontrollfunktion der Kommission. Diese soll einerseits *„Täter und Täterinnen [...] strafrechtlich zur Verantwortung“* ziehen, andererseits auf Grundlage von Akteneinsicht Untersuchungen von Institutionen veranlassen können bzw. Entscheidungen überprüfen können.

Vier Personen forderten, dass die Kommission Druck auf die Politik oder andere Institutionen ausüben sollte. Wichtig sei die *„Konfrontation von Einrichtungen und politischen sowie juristischen Organisationen und Gerichten mit den Ergebnissen mit Anspruch auf qualifizierte Stellungnahmen und politische und juristische Konsequenzen.“* *„Sie müssten das Recht haben, bestimmte Politiker oder andere wichtige Leute, zu einem Statement zu zwingen und auch erreichen können dass dieses eingehalten wird also mit Sanktionen, wenn es nicht eingehalten wird.“* Andere sprachen sich dafür aus, dass die Kommission *„Menschen oder Institutionen, die versuchen die Aufarbeitung zu behindern, öffentlich beim Namen nennen“* dürfe, eine andere Person schrieb: *„Wenn von den Betroffenen gewünscht, müssen alle Wege gegangen werden können. Ansonsten kann erneut das Gefühl entstehen, dass vieles nur Gerede ist. Und sich manche wichtig machen. Warum sollte sich ein Betroffener diesem Stress aussetzen, wenn nicht alle nötigen Konsequenzen folgen?“*

Zwei Personen forderten, dass die Kommission in einer Gutachterfunktion Hilfeleistungen erarbeiten soll, die dann auch tatsächlich umgesetzt werden müssen. *„Die Kommission sollte das Recht haben einen Katalog für Hilfeleistungen zu erarbeiten die auch angenommen werden. Sie sollten durchsetzen können das alles auf dem kleinen Dienstweg für die Betroffenen, die sich melden, ablaufen würde. Keine jahrelangen Wartezeiten.“* *„Vielleicht wäre es hilfreich, wenn die Kommission nach der Anhörung auch zu dem Schluss kommt, dass Hilfe nötig ist, dass dann entsprechende Stellen, wie gerade Krankenkassen, angewiesen werden könnten, weiter Therapie zahlen zu müssen.“*

Acht Befragte betonten die Notwendigkeit, dass die Kommission beratend an der Gesetzgebung beteiligt sein müsste, sie bräuchte *„Mitsprache bei Gesetzen, die den Komplex Vergewaltigung, Missbrauch etc. behandeln.“* Zehn Personen gingen noch einen Schritt weiter und betonten, dass diese Vorschläge auch tatsächlich durchgesetzt werden müssten. *„Ich fände es wünschenswert, wenn die Kommission Gesetzesänderungen vorschlagen dürfte (Strafrecht, OEG, Sozialrecht) und diese durch die Politik geprüft werden MÜSSTEN!“*

Einfluss auf die Verbesserung des Unterstützungssystems

Hier wünschten acht Personen, dass die Kommission hinsichtlich der Genehmigung von Hilfe beratend bzw. begutachtend tätig sein sollte. Sieben Antworten bezogen sich auch auf Anerkennungs- und/ oder Entschädigungszahlungen. *„Meiner Meinung nach müsste die Kommission Einfluss darauf haben können, welche Hilfe und Unterstützung der Betroffene bekommen kann, z.B. Befürwortung einer Langzeittherapie etc.“* *„Wenn hier alle Informationen zusammenlaufen, müssen auch entsprechende Entscheidungsbefugnisse vorhanden sein. SO nah kommt den Betroffenen von staatlicher Seite vermutlich keiner mehr, also sollte sie auch über evtl. Zahlungen entscheiden dürfen.“*

Eine Person forderte, dass die Befugnisse der Kommission *„eindeutig um die Befugnis, Opfer auch vertreten zu dürfen.“* erweitert werden sollte, andere forderten eine Verbesserung des gesamten Unterstützungssystems. *„Die Kommission müsste der Politik sagen können und durchsetzen können, dass es mehr Beratungsstellen und Therapieplätze für Betroffene geben muss.“*

Neun Befragte thematisierten schwerpunktmäßig Entschädigungen und Begleitungen in Gerichts- und Bewilligungsprozessen. *„Entschädigungs-und Anerkennungszahlungen (das finde ich sehr wohl wichtig) Hilfe und Begleitung bei dem Prozedere der Beantragung des Opferentschädigungsgeldes.“* Unterstützung im Prozess der Beantragung von Entschädigung beim OEG wurde mehrfach genannt.

Für eine Person war es wichtig, dass *„Betroffene nicht nach der Anhörung alleine dastehen, z. B. die Hilfe nach einer Suche nach einem schnellen Therapieplatz; Geldleistungen um aus dem Umfeld raus zu können, sich eine eigene Wohnung nehmen zu können, z. B. als Überbrückungsgeld oder ähnliches.“*

Eine weitere Person forderte, dass die Kommission *„Fortbildungspflicht zum Thema durchsetzen können bei ErzieherInnen und LehrerInnen.“*, in einem anderen Fragebogen wurde *„Beratung der örtlichen Verbände, z. B. Selbsthilfegruppen, Behindertenbeauftragten etc.“* gewünscht, ein weiterer forderte *„Ausbildungsmöglichkeiten für Therapeuten und andere Helfer, damit sie verstehen, was bei hochdissoziativen Menschen anders ist, als bei anders psychisch Kranken.“*

In einem Fragebogen wurde thematisiert, dass alle noch lebenden Betroffenen einbezogen werden sollten: *„Die Grenze Gründung der Bundesrepublik und der DDR ist willkürlich, die Ausgrenzung derjenigen, die vor 1949 Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs geworden sind, ist ein Unrecht.“*

Der Handlungsrahmen der Kommission

Vier Befragte betonten, dass aus den Ergebnissen tatsächlich Handlungen abgeleitet werden müssen. Jedes neue Ergebnis bedürfe einer neuen Einschätzung des Handlungsbedarfs: *„Es müsste sichergestellt werden, dass jede Art von Ergebnissen, die die Kommission erzielt, auch weiterführend verwendet werden. Nicht, dass erstmal viel Wirbel um die gute Arbeit und die guten Absichten der Kommission gemacht wird und dann "verschwinden" die Ergebnisse in irgendeiner Schublade. Es müsste also eine Art Evaluation der Nachwirkungen der Kommissionsarbeit geben.“*

„Manche Bereiche bleiben der Kommission verschlossen, weil sie keinen Zugang zu Archiven oder Personalakten etc. hat. Da schlummern sicher noch interessante Dinge, die zur Aufarbeitung beitragen können. Aber die Aufgaben der Kommission sind so schon sehr umfangreich und mehr ist vermutlich gar nicht zu schaffen. Mit den dann vorliegenden Ergebnissen der Kommission ist neu zu überlegen, wie diese Ergebnisse in praktisches Handeln und strukturelle Veränderungen umzusetzen sind, welche Befugnisse an welcher Stelle es dafür braucht und wie Aufarbeitung weiter zu gestalten ist – auch in den Bereichen, die sich bisher jeder ernsthaften Aufarbeitung und Veränderung verweigern.“

Zwei Befragte forderten, dass der Kommission ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssen. Weitere zwei Personen wünschten die Entwicklung von Seminaren zum Erlernen von Zivilcourage als präventive Maßnahme und um Unterstützung im Umfeld von Betroffenen zu fördern.

Eine Person äußerte sich zuversichtlich, *„es sich im Lauf der Arbeit entwickeln“* werde, *„welche Befugnisse erweitert werden sollten. Eine weitere hoffte, dass die Kommission sich von „einer Kommission der Aufarbeitung“ zu einer „Kommission (zur Selbstvertretung) der Betroffenen zu entwickeln, um kein politisches Strohfeuer zu bleiben.“* In einem Fragebogen wurde gefordert, dass sich aus der Kommission ein zeitlich unbegrenzter parlamentarischer Untersuchungsausschuss entwickeln sollte.

Eine weitere Person wünscht der Kommission, frei von *„Druck durch Politik oder Wirtschaft“* (133) zu sein.

Die Arbeit der Kommission wurde auch kritisch gesehen: *„Stärkung der Betroffenen möglich machen und das Betroffene nicht nur für Datenprostitution zur Verfügung stehen und danach nix passiert. Ausgleich für die Betroffenen, der sinnvoll ist“* *„Die Arbeit sollte mit den Ergebnissen sofort umgesetzt werden, aber das wird nicht passieren. Nach der Wahl ist es eh wieder kein Thema mehr“*

Verbesserung der Situation von Betroffenen

Hier thematisierten sieben Personen die aktuell unzureichende Hilfe und forderten Nachbesserung, vor allem hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung von Hilfe.

Eine Person würde sich von der Kommission wünschen, dass sie die Opfer von sexualisierter Gewalt von ihrer Schuld freispricht: *„Um den Aspekt der Anerkennung des tiefen Unrechtes und der Zerstörung die geschehen ist. Eine eingesetzte Kommission des Bundestages sollte die Befugnis haben eben auch den Betroffenen zuzusprechen bzw. dieses schriftlich zu tun, dass das Leid der Betroffenen nicht ihre Schuld ist und sie sich nicht rechtfertigen müssen. Ich wurde in meiner Kindheit und auch meine gesamte Jugend missbraucht und ich habe die Erfahrung gemacht, das Autoritäten, (zuständige) Menschen Worte sprechen können die die Worte der Täter Lügen strafen. Das würde ich mir wirklich wünschen.“*

Weitere Antworten

Eine Person forderte höhere Strafen für Täter*innen.

Insgesamt 19 Personen gaben an, diese Frage nicht beantworten zu können. Weitere vier Personen äußerten Kritik an den aktuellen Möglichkeiten der Kommission: *„Diese begrenzten Befugnisse dokumentieren den geringen Stellenwert und die Trostpflasterfunktion der Kommission.“* *„Die Aufarbeitung kann mit diesen eingeschränkten Befugnissen ‚nur‘ auf der theoretischen Ebene bleiben und Theorie ist von Machthabern sehr leicht ausblendbar.“*

Welche Aspekte, die die UKASK nicht leisten kann, gehören für Sie zu einer guten Aufarbeitung dazu? (n=316)		
Täter oder Täterin sollen zur Verantwortung gezogen werden	148	46,8 %
Eingeständnis der Schuld durch Täter oder Täterin	89	28,2 %
Eingeständnis der Schuld durch die Einrichtung	61	19,3 %
Erwarten einer Entschuldigung	33	10,4 %

Auch hier hatten die Befragten die Möglichkeit „andere“ Antworten zu formulieren. Für die Auswertung wurden die offenen Antworten in fünf Kategorien zusammengefasst.

Erwartungen an das Unterstützungssystem und finanzielle Entschädigung

Neun Befragte thematisierten eine Verbesserung des Opferentschädigungsgesetzes und die Notwendigkeit von finanzieller Entschädigung für Betroffene. *„Ich erwarte eine Entschädigung und eine Opferrente vom Staat, eine ordentliche Reform des OEG.“* Zu Aufarbeitung gehöre auch *„Anerkennung in Form von finanzieller Gutmachung, Opferentschädigung und ggf. Rente. Viele Menschen sind für ihr Leben gezeichnet.“* Die Unterstützung wurde besonders dann gefordert, *„wenn man nicht mehr 100 Prozent arbeitsfähig ist.“* *„Betroffene sollten die Hilfe bekommen, die sie*

benötigen. Auch finanziell, wenn sie durch Traumafolgestörungen nicht arbeiten können ist es ungerecht, dass sie ein Leben in Armut leben müssen und den Ämtern ausgesetzt sind.“

*Die Entschädigung dürfte nicht vom Benennen der Täter*innen oder einer Anzeige abhängen, „da es bei rituellem Missbrauch für Opfer eher gefährlich sein kann die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Dass Täter ihre Schuld eingestehen ist eher unwahrscheinlich.“ „Der Täter in meinem Fall wird öffentlich leugnen und mich demontieren.“ „Ich möchte nicht mehr mit dem Täter konfrontiert werden, dennoch möchte ich wenigstens die notwendige Therapie erhalten, auch wenn die Regelzeit nicht ausreicht.“*

20 Befragte erwarteten Hilfe und Unterstützung. Elf von ihnen thematisierten den Zugang zu Therapie und eine Kostenübernahme. Es müsste mehr gut ausgebildete Therapeut*innen geben. Wichtig sei *„einfacher Zugang zu guten Traumatherapeuten“* bzw. die *„Schaffung von ausreichend Therapieplätzen ohne monatelangen Wartezeiten.“* *„Therapiekosten für Opfer sollten solange finanziert werden, wie es notwendig ist.“* *„Angemessene Therapie ohne die permanente Sorge, dass die Krankenkasse nicht zahlt oder die Stunden enden. Gut ausgebildete Therapeuten mit Trauma-Qualifikationen fördern, Qualitätssicherung bei Psychotherapie.“* Dafür notwendig seien *„Informationen und Bildung für Menschen, die professionell medizinisch, therapeutisch oder psychiatrisch“* mit Betroffenen arbeiteten, noch während der Ausbildung.

Dabei sahen einige den Staat in der Pflicht: *„Es werden nicht alle Täter zur Verantwortung gezogen werden können. Aber die fachliche Unterstützung und Betreuung von Opfern sollte von der Rechtsstaatlichkeit geleistet werden, egal ob die nötigen Zahlung von Tätern oder Organisationen geleistet werden.“* *„Bedingungslose, lebenslange finanzielle, therapeutische und sozialpädagogische Unterstützung auf Kosten des Staates.“* In einem anderen Fragebogen wurde vorgeschlagen *„Täter sollten die Möglichkeit haben, als Versuch der Entschädigung eine Altersvorsorge für ihr ‚Opfer‘ anzulegen oder zweckgebunden in einen Hilfsfond zugunsten Missbraucher einzahlen.“*

Andere genannte Themen waren *„Hilfe parallel zur juristischen Schiene“* und eine allgemeine *„Unterstützung der Opfer ihr Leben auf die Reihe zu kriegen“* bzw. sollte *„sichergestellt sein, dass Betroffene trotz allem ein adäquates Leben führen können.“* *„Ich erwarte, dass nicht nur individuell oder nur strukturell reagiert wird, sondern beides. Ich erwarte, dass Betroffene nicht nur in ihrem Leid, sondern auch in ihrer Überlebenskraft anerkannt werden.“* In einem Fragebogen wurde gefordert, dass Betroffene im Rahmen von Aufarbeitung in Institutionen *„Zugang zu Ergebnissen ‚vorheriger‘ Verfahren bekommen (analog Schmerzensgeldkatalog), um überhaupt einschätzen zu können, wie Entschädigung individuell aussehen kann.“*

Respekt für die individuelle Situation der Betroffenen

Die Antworten von einigen Befragten bezogen sich auf die persönliche Situation von Betroffenen und ihr Umfeld. So schrieben einige, Aufarbeitung solle *„anregen, dass geglaubt wird, auch wenn es unvorstellbar scheint.“* *„Ich erwarte, dass anerkannt wird, was ich durchgemacht habe.“* *„Ein Anerkennen meiner Situation und Verständnis reichen für mich aus.“*

Eine andere Person erwartete von Aufarbeitung *„kein ‚bemitleidenswertes Opfer‘ zu sein, sondern Hilfe und ehrlichen Beistand zu finden.“* Die Stigmatisierung als Opfer war auch in einem weiteren Fragebogen Thema: *„Ich möchte nicht auf ewig bei Behörden und Institutionen als Opfer*

gebrandmarkt sein! Ich möchte wissen, wer Informationen über mich einholt, derzeit habe ich pausenlos Schweigepflichtentbindungen zu unterzeichnen.“

Für vier Personen war Aufarbeitung daran geknüpft, dass sie einen „guten Umgang“ mit ihrer eigenen Geschichte finden können. Drei von ihnen schrieben, dass das unabhängig davon sei „was Täter tun“. Für eine andere Person war es zwar wünschenswert „dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden, ich weiß aber auch, dass das aufgrund deren Taktik und meiner Sicherheit nicht möglich ist. Primär ist es mit wichtiger, dass es mir halbwegs gut geht. Es geht mir nicht um meine Täter, sondern darum, dass solche Kreise generell aufgedeckt und beendet werden.“

Eine weitere Person formulierte: „Einzig wichtiges Ziel: Das Leben leben können.“ „Möchte nur akzeptiert werden, dass meine psychischen Folgen nicht Blödheit oder Schwäche sind, sondern Respekt bekommen überhaupt überlebt zu haben.“

Erwartungen an Täter*innen

Drei Befragte forderten Entschädigungszahlungen, die von Täter*innen geleistet werden sollten. So müssten sie „eine Wiedergutmachung leisten“, die von den Opfern vorgegeben werden sollte oder „zur Kasse gebeten werden und die notwendigen Therapien, die nicht von der Krankenkasse gezahlt werden bezahlen.“

Zwei Personen thematisierten Verantwortungsübernahme durch Täter*innen. Während eine erwartete, dass der Täter Verantwortung übernehme, schrieb die andere: „Ich erwarte nichts vom Täter. Ich habe unabhängig vom Täter das traumatische Erleben auf-, be- und verarbeitet. Ich wünsche mir für ihn und für eine Aussöhnung, dass er Verantwortung übernimmt. Wird sie erzwungen, hat sie für mich keinen Wert.“ In einem anderen Fragebogen wurde der Wunsch formuliert, „dass die Täter WIRKLICH verstehen und nachfühlen, dass ihr Gewalttaten grausam und dreckig waren und dass sie so etwas nie wieder einem lebenden Wesen antun.“

Sieben Befragte formulierten Erwartungen an ein begleitetes Gespräch mit bzw. eine Konfrontation von Täter*innen für die eigene Aufarbeitung: „Für mich persönlich, ohne Ahnung ob machbar oder nicht, die Möglichkeit den geschützten Rahmen für ein Gespräch mit dem Täter zu haben, jenseits von Gerichtssaal und Anklage.“

Die anderen sahen das gegensätzlich: „In meinem Fall erwarte ich die Akzeptanz, dass ich mit den Tätern (hauptsächlich Familie) keinen Kontakt haben will.“ „Ich möchte diese Person nie wieder sehen und ich möchte für meine Eltern, wenn sie alt sind, nicht aufkommen müssen.“ „Ich will auf keine Weise irgendetwas von den Tätern. Auch nicht von meiner Mutter oder der Familie, das kann niemand mehr gut machen was passiert ist und ich wünsche mir nur, dass ich nichts mehr mit ihnen zu tun haben muss. Ich brauche den Abstand (...), in einem Heute will ich die Täter nicht mehr haben. Sobald ich z.B. mit meiner Mutter telefoniere bin ich wieder im alten Denksystem und in den Doppelbotschaften drin. Ich könnte keiner Entschuldigung glauben und kann mir nicht vorstellen, wie Täter Verantwortung übernehmen könnten.“

Eine Person schrieb, dass sie „null“ Erwartungen an Täter habe. „Denen geht's doch bestens so. Gut beleumundet, stinkreich und einflussreich. Sie die Saubermänner und wir eben krank und kaputt.“

Außerdem äußerten sich sieben Befragte auch in den offenen Antworten zu Entschuldigungen. Sie fänden eine Entschuldigung hilfreich, gingen aber nicht davon aus, dass sie sie bekommen würden oder zweifelten an ihrer Aufrichtigkeit: *„Entschuldigung und Schuldeingeständnis wären hilfreich, in meinem Fall erwarte ich nicht, dass das jemals passiert.“* *„Aus meiner Erfahrung macht es keinen Sinn auf eine Entschuldigung Wiedergutmachung des/der Täter zu erwarten. Es sei denn die Übergriffe sind noch nicht verjährt.“* *„Die Täterinnen und Täter in meinem Fall glauben zum überwiegenden Teil bis heute nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Ich erwarte tatsächlich nichts. Aber es wäre schön eine ehrliche Entschuldigung zu bekommen.“* Eine Entschuldigung müsste über reine Worte hinausgehen und dürften nicht nur „Lippenbekenntnisse“ sein: *„Entschuldigungen habe ich schon zu oft gehört. Ich brauche ehrliche Entschuldigung und Frieden stiftendes Verhalten der Institution.“* *„Eine mehr oder weniger erzwungene Entschuldigung macht die Narben nicht weg oder ansehlicher.“*

Fünf Befragte schrieben, dass die Täter*innen verstorben seien oder sich im Ausland aufhielten. Einige formuliert daher eine Erwartungslosigkeit, andere hatten unterschiedliche Wünsche: *„Eine Anerkennung von anderen wäre toll, dass ich es so weit gebracht habe“* oder *„Es gibt einige Personen, bei denen ich es gut fände, wenn sie eine Information durch die Kommission erhalten würden“* und *„Ich weiß gar nicht, was ich erwarte, vielleicht Respekt.“* Insgesamt sollten *„Täterworte nicht länger mehr Gewicht haben als Opferworte.“*

Fünf Befragte bezogen sich auf die vorgegebene Antwort *„Täter*innen sollen zur Verantwortung gezogen werden“*. In einem Fragebogen wurde dazu aufgefordert, herauszufinden was eine aus Sicht von Betroffenen, die angezeigt haben, eine gerechte Strafe sei und dann einen Mittelweg zu finden, *„denn warum soll ich die Belastungen eines Prozesses auf mich nehmen, wenn ich damit rechnen muss, dass es nur ein halbes Jahr auf Bewährung gibt.“* Zwei Befragte bezeichneten Missbrauch als *„Seelenmord“*, der *„als Mord abgestraft werden“* müsste.

Außerdem erwarteten drei Befragte, dass nicht nur Täter*innen sondern auch alle Mitwissenden bzw. *„Mitarbeiter*innen aus Einrichtungen und Fachkräfte, die Betroffenen nicht geglaubt haben bzw. gemeinsame Gespräche/Therapien mit Tätern und betroffenen Kindern und Jugendlichen geführt haben in die Verantwortung genommen werden“* sollten. Vier weitere wünschten sich, dass *„alle Menschen, die wegsehen und Leid nicht sehen wollen, ihre Mitschuld anerkennen sollten.“* *„Die, die dabei versagt haben, mich zu schützen, sollten dazu Stellung beziehen müssen.“* Eine Person schrieb: *„Ich erwarte eine nicht verleugnende Äußerung von den verschiedenen Menschen, die Helfer hätten sein können und dennoch weggeschaut haben. Es geht mir nicht um Schuld, aber ich würde gerne mehr verstehen, aus ihrer Sicht und nicht nur aus meiner zusammengebastelten Sicht, warum ich unsichtbar geblieben bin.“*

Weitere vier Personen sprachen sich für die Aufhebung von Verjährungsfristen aus. *„Viele haben nämlich erst später und nach jahrelanger Therapie die Kraft und den Mut den Täter anzuzeigen und sich dem zu stellen.“*

Erwartungen an Institutionen

Einige Befragte formulierten Erwartungen an Aufarbeitung in Institutionen, *„Institutionen und Personen, die Missbrauch vertuscht haben, sollen zur Verantwortung gezogen werden.“* So sollten *„Täter-Institutionen transparente Wege der Aufarbeitung finden. Abschließende*

*Verschwiegenheitsvereinbarungen müssen verboten werden. Aufarbeitung darf nicht mit neuem Schweigen enden.“ Ein*e ander*e Befragte*r erwartete finanzielle Entschädigung, „die Organisationen sollten nach ihrer Leistungsfähigkeit individuelle Entschädigungen und noch wichtiger individuelle Therapien finanzieren.“*

In einem Fragebogen stand außerdem: *„Glaubensgruppen sollen nicht mehr als unantastbar und heilig gelten, sondern als eine Gruppe von Menschen gesehen werden, in der alles möglich ist, was es unter allen anderen Menschen auch gibt.“*

Erwartungen an die Gesellschaft

Weiterhin wurden unterschiedliche Erwartungen an die Gesellschaft formuliert. So forderten drei Personen gesellschaftliche Anerkennung. Das bezog sich wohl auf Anerkennung der Folgen des Missbrauchs, als auch Anerkennung davon, dass Betroffene keine Mitschuld an der erlebten Gewalt haben und mit Respekt behandelt werden sollten. In zwei weiteren Antworten wurde ein *„Wandel der gesellschaftlichen Haltung zu sexueller Gewalt, den Opfern, den Tätern, den Hintergründen“* gefordert bzw. eine *„Veränderung der Kultur in Deutschland, die Kindesmissbrauch erlaubt.“*

In einem Fragebogen wurde die Erwartung formuliert, *„dass sich die Politik stellvertretend für die Gesellschaft für ihre fortwährende Missachtung der Opfer sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend entschuldigt.“* Gleichzeitig schrieb ein*r andere*r Befragte*r: *„Ein patriarchales Gewaltsystem entschuldigt sich nicht. Es muss abgeschafft werden.“ „Auch der Staat sollte zur Verantwortung gezogen werden wo er nicht schützt und Dinge nicht anerkennen will.“*

Zehn Befragte thematisierten Prävention. Zur Aufarbeitung gehörte für sie auch, *„die Täterstrategien öffentlich zu benennen, um Prävention zu betreiben.“* Dabei gehe es in dieser Frage *„längst nicht mehr“* um sie selbst. Erwartet wurde *„das Selbstverständnis, dass Aufarbeitung nur der erste Schritt sein kann, um ihn Zukunft neue Opfer zu verhindern.“*

Zwei Personen erwarteten, dass mit Aufarbeitung auch Aufklärung über sexualisierte Gewalt in allen Familien einhergehen müsste. Andere Befragte schrieben, dass *„alles zu tun ist, dass Kinder in Zukunft besser geschützt sind und Hilfesysteme schneller greifen“* bzw. sei Prävention ein Bestandteil von Aufarbeitung *„um andere zu bewahren.“* Für drei Befragte war die Vermeidung von Wiederholungstaten ein wichtiges Thema. Mit Aufarbeitung solle *„den Tätern unmöglich gemacht werden, erneut Taten zu begehen.“ „Täter dürfen nicht mehr die Möglichkeit bekommen ihre Taten zu wiederholen.“* Erwartet wurde, dass sexueller Missbrauch kein *„Wohlstands- und kein Tabuthema“* mehr sein dürfe.

Zwei Personen sahen die Politik in der Pflicht. Sie müsste *„die Resilienz einer Gesellschaft gegen Missbrauchsstrukturen stärken“* und Betroffenen *„Hilfen zur Aufarbeitung und ggf. auch Schutz ermöglichen.“*

Zwei Personen sagen, dass sie gar keine Erwartungen mehr an die Menschen/ Gesellschaft haben.

Botschaften an die Politik

Diese Frage wurde von insgesamt 209 Personen beantwortet.

Neun Befragte forderten in ihren Antworten dazu auf, zu handeln und den eigenen Einfluss zu nutzen: *„Die Politik darf sich hier ruhig ihrer Einflussmöglichkeiten besinnen.“* *„Es sollte nicht immer nur vollmundige Versprechungen geben, sondern es sollten auch Taten folgen (Reform des OEG...).“* *„Stellt euch hinter die Betroffenen und schafft eine Gesetzeslage, die Glauben und Anerkennung schenkt und Täter zur Verantwortung zieht.“* Dabei sollten Betroffene als Expert*innen ernst genommen und einbezogen werden. Acht Befragte forderten zu klaren Positionierungen gegen Missbrauch auf, *„klare Statements gegen sexuellen Missbrauch in öffentlichen Diskussionen.“* *„Ich wünsche mir Politiker, die an der Seite der Betroffenen kämpfen. Zurzeit habe ich den Eindruck, dass das Thema schwerpunktmäßig von Betroffenen am Leben gehalten wird.“* *„Macht sexuellen Missbrauch in jeglicher Hinsicht zum Thema, nehmt das Thema und die Betroffenen ernst und setzt euch konsequent für Unterstützungsmaßnahmen von Betroffenen und Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt ein.“*

„Es gibt vermutlich immer wichtigere Themen in der Politik als das private Leid von uns Betroffenen. Und dennoch, wir sind so viele, wir haben es verdient endlich gesehen zu werden. Und die möglichen zukünftigen Opfer, also Kinder, haben den bestmöglichen Schutz verdient, den wir ihnen bieten können. Ich weiß nicht, wie es ist ohne sexuelle Übergriffe aufzuwachsen – aber sollte das nicht selbstverständlich sein und uns jeden Cent wert?“

Viele der Forderungen bezogen sich auf das Unterstützungssystem und Hilfe für Betroffene. Es wurde angemessene Hilfe gefordert, deren Finanzierung gesichert ist und den Bedürfnissen angemessen ist. *„Wir Betroffene brauchen ein breitgefächertes und kompetentes Hilfsangebot mit ausreichender Finanzierung.“* Genannt wurden verschiedene Hilfeleistungen, von Beratung, über Therapie bis hin zu alternativen Therapieangeboten.

„Schaffen Sie endlich ausreichende Therapie- und Hilfsangebote, sowie deren Kostenübernahme. Viele Betroffene wären für Gesellschaft und Volkswirtschaft eine Bereicherung und ein immenser Gewinn, auch finanziell, wenn etwas langfristiger gedacht werden würde.“ *„Die Betroffenen sollten zeitnah und unbürokratisch die Therapie erhalten, die sie benötigen.“* *„Ich fühle mich im Stich gelassen, was die Therapiedauer anbelangt. Vertrauen benötigt Zeit, vor allem mit unseren Geschichten. 120 Sitzungen sind definitiv zu wenig und danach fallen wir in ein Loch.“*

Außerdem wurde eine bessere Ausbildung der Personen gefordert, die im Hilfekontext arbeiten, dabei wurden u.a. Therapeut*innen, Jurist*innen, Mitarbeiter*innen des Jugendamts und Erzieher*innen genannt. *„Pädagog*innen in jeglicher Form sollten besser ausgebildet werden und vor allem dürfen Pädagog*innen, die einen Verdacht äußern, nicht mehr stigmatisiert werden.“* *„Bitte mehr Geld in die Lehre. Es kommen viele Studierende unvorbereitet in Einrichtungen, die Klient*innen haben, die missbraucht wurden. Es ist fahrlässig sie derart ins kalte Wasser zu stoßen – für sie selbst und auch für die Klient*innen. Es müssen Angebote im Stundenplan verankert sein.“*

16 Befragte thematisierten finanzielle Entschädigung und forderten eine Reform des OEG: *„Die Hilfsfonds sollten dauerhaft installiert werden und unabhängig von der Tätergruppe für alle*

Betroffene sein.“ „Bitte ändern Sie so schnell wie möglich das OEG.“ „Das OEG-Verfahren muss endlich opfergerecht werden und nicht mit unüberwindbaren Hürden für die Opfer.“

Ein weiteres großes Thema war die Aufforderung in Prävention und den Schutz von Kindern zu investieren, dazu äußerten sich 18 Personen.

Sechs Befragte bezogen sich in ihrer Botschaft auf die Kommission und forderten deren Handlungsspielraum zu erweitern, beispielsweise: *„stattet die Kommission mit Geld und Befugnissen aus, dass sie ihre Arbeit gut leisten kann.“ „(...) Der geringe Etat spricht für die absolute Geringschätzung, die Millionen Überlebende dadurch erleben.“* Auch für den Hilfsfonds wurde mehr Personal gefordert.

Ein großes Thema waren Forderungen nach Verbesserungen von Anzeigemöglichkeiten, den Situationen in Gerichtsverfahren und von Gutachten: *„Es sollte endlich anerkannt werden, dass ein Kind bzw. ein*e Jugendliche*r keine Beweise anführen kann.“ „Man wird als Opferzeuge ‚begutachtet‘ und es werden alle möglichen Hypothesen herangezogen, welche anderen Gründe ich haben könnte, so was zu erzählen. Da werden dann alle möglichen Sachen herumgedreht und herumgedeutet. Nach diesem Vorgehen ist es so gut wie unmöglich, dass man als ‚glaubwürdig‘ eingestuft wird (was die Zahlen ja auch belegen). Das ist als Betroffene schrecklich und total retraumatisierend. Ich kenne kein anderes Thema, wo man als Opfer so ‚analysiert‘ wird und sich so rechtfertigen muss, warum man jetzt eine Anzeige erstattet. Da muss dringend ein anderes Vorgehen her!“* Insgesamt 49 Befragte forderten die *„konsequentere Bestrafung“* bzw. *„härtere Strafen“* von Täter*innen, Verschärfungen des Strafrechts und die Aufhebung von Verjährungsfristen. Zehn Personen nahmen dabei Bezug auf Kinderrechte, diese gehörten *„explizit ins Grundgesetz.“*

In einigen Antworten wurde gefordert, dass Betroffene eine rechtliche Möglichkeit haben sollten, sich von Familien, in denen sie Gewalt erlebt haben, zu trennen: *„Nach Gewalt in Familien sollte es eine gesetzliche Möglichkeit geben, von den Rechten und Pflichten zurückzutreten, die durch die familiäre Verbindung vorhanden sind. Vor allem sollte das Subsidiaritätsprinzip aufgehoben werden. Es sollte die Möglichkeit geben, sozialrechtliche Rechte und Pflichten gegenüber den Tätern abzulegen.“*

Ein weiterer großer Bereich waren Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen, es wurde mehr *„Aufklärung und Prävention“* gefordert. *„Es muss großflächig viel mehr Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden, dass jede*r Lehrer*in und auch Schüler*innen über Traumasymptome informiert sind und schneller reagieren können.“* Das Thema sexueller Missbrauch sollte öffentlich diskutiert und enttabuisiert werden, damit Betroffene weniger Stigmatisierungen erfahren: *„Die Problematik muss in der gesellschaftlichen Debatte einen festen Platz bekommen.“ „Der soziale Mut in unserer Gesellschaft muss gestärkt werden und eine Kultur des Hinhörens etabliert! Das alles muss gelebt und vorgelebt werden, mit aller Konsequenz. Es ist ein Tabuthema und das derzeitige Schweigen ist ohrenbetäubend.“*

Botschaften an die Kommission

Insgesamt haben 163 Befragte eine Botschaft an die Kommissionsmitglieder formuliert. Sehr häufig wurde der Kommission ein Dank oder Wünsche für eine gelingende Arbeit ausgesprochen und die Arbeit der Kommission wertgeschätzt (insgesamt 40 Personen).

26 Befragte gaben der Kommission die Botschaft mit, nicht aufzugeben, auch wenn es schwierig, werde, sie wünschten Durchhaltevermögen und Nachhaltigkeit: *„Bitte weitermachen und durchhalten!!!“* *„Lassen Sie sich nicht ‚kaltstellen‘, entmutigen, einschüchtern oder in welcher Form auch immer den Wind aus den Segeln nehmen.“* *„Ich denke aus der Aufarbeitung müssen auch Ideen für Präventionsmaßnahmen, Gesetzesvorschläge entstehen, dauerhafte Institutionen eingerichtet werden, damit das Thema nicht später wieder in Vergessenheit gerät.“*

Einige Befragte (insgesamt 10 Personen) thematisierten die Schwere des Themas und forderten die Kommissionsmitglieder auf, sich während des Aufarbeitungsprozesses zu *„schützen“*. Eine Person hat darauf hingewiesen, dass eine Selbstreflexion der Kommissionsmitglieder besonders wichtig sei, weil *„sonst wird ihre Arbeit mehr schaden als nützen, da sie vor allem der Abwehr eigener Betroffenheit dienen wird. Wie bei vielen ‚Helfern‘.“*

Weitere 15 Befragte benannten die Wichtigkeit, dass die Kommission *„ihre Forderungen gegenüber der Politik durchsetzt“* und aus der Arbeit der Kommission Konsequenzen in Form von konkreten Präventionsmaßnahmen, die in Institutionen etabliert werden, erfolgen. Sieben Personen war es wichtig, dass Druck auf die Politik ausgeübt werden soll.

Vier Personen forderten eine Strafrechtsverschärfung. Eine befragte Person sprach sich für die Abschaffung der Glaubwürdigkeitsbegutachtungen aus. Eine andere Person warnte dagegen vor der *„Aushebelung des Rechtsstaates“*.

Mehrere Befragte standen der Arbeit der Kommission und ihrem Erfolg skeptisch gegenüber. Elf Personen schrieben, dass sie wenig Hoffnung hätten und die Kommission *„das Beste daraus machen“* sollte. Außerdem bezogen sich drei Antworten darauf, dass die Kommission nicht nur wiederholen sollte, was andere bereits getan hätten. *„Sie haben nur die Möglichkeit es lauter zu tun. Seien Sie lauter.“* Eine Person schrieb, dass im Fragebogen Hoffnungen geweckt würden, die nicht realisiert werden könnten, Enttäuschungen sollten vermieden werden: *„Ich glaube, die enttäuschten Hoffnungen und das gebrochene Vertrauen ist das Schlimmste beim Missbrauch.“*

Eine Person beschrieb Aufarbeitung sexueller Gewalt weiterhin als eine *„gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe“* beschreibt, die nicht allein von der Kommission geleistet werden könnte: *„Die Aufarbeitung sexueller Gewalt ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe und liegt zu keiner Zeit allein auf den Schultern von sieben Menschen“*.

Viele der Botschaften bezogen sich auf die Zusammenarbeit und auf den Umgang der Kommission mit Betroffenen von sexuellem Missbrauch. Fünf Personen schrieben, dass sie sich gerne einbringen und die Kommission unterstützen würden. Weitere elf Befragte gaben der Kommission die Botschaft mit, empathisch mit Betroffenen umzugehen: *„Haben Sie Mitgefühl, kein Mitleid.“* *„Seien Sie*

empfindsam mit uns.“ Desweiteren sollte die Kommission vorurteilsfrei handeln, Leid „unabhängig von Geschlecht oder sonstigen biologischen Merkmalen“ anerkennen und „keine Betroffenen in der Untersuchung“ wegen ihres Alters ausgrenzen. Außerdem sollte die Kommission den Betroffenen zuhören, ihnen glauben und nicht an der erzählten Lebensgeschichte zweifeln (8 Personen). Eine Person wies darauf hin, dass es keine „Schulduweisungen“ geben sollte, eine andere schrieb, dass manchmal „schriftliche Berichte über den Missbrauch besser/sinnvoller“ als Befragungen seien, um Misstrauen und Zweifel zu vermeiden.

Eine weitere Anmerkung zu den Anhörungen bezog sich auf das Anmeldeverfahren: „Sie müssen Betroffene, die sich zur Anhörung angemeldet haben, schneller über den aktuellen Verlauf informieren. Ich hoffe, Sie werden jetzt trotz der großen Zahl an Anmeldungen ALLE anhören. Denn wenn Sie uns jetzt wieder absagen, werden wir uns im besten Fall, entschuldigen Sie die Wortwahl, verarscht fühlen. Wiedermal.“

*Elf Befragte forderten, dass die Kommission sich für die Betroffenen einsetzen solle und dass „Missbrauchsoffern eine Stimme gegeben wird.“ „Bitte steht hinter uns und seid unsere Anwält*innen in die Gesellschaft und Politik hinein.“ Für andere Befragte war es besonders wichtig, dass Betroffenen geholfen wird und finanzielle Unterstützung erfolgt.*

Drei Personen gaben die Botschaft, den Druck auf die Aufarbeitung in Kirchen zu erhöhen. Gleichzeitig schrieb eine andere Person, dass keine Entschuldigung von Institutionen verlangt werden sollten, „denn viele Betroffene haben über Jahre gelernt, dass sie vergeben müssen, wenn sich jemand entschuldigt.“

Sechs Befragte forderten mehr Öffentlichkeitsarbeit von der Kommission, zehn Personen schrieben, dass Präventions- und Aufklärungsarbeit gestärkt werden sollte. Vier Befragte thematisierten hier die Enttabuisierung des Themas und das Aufheben des gesellschaftlichen Stigmas. Fünf Personen gaben an, dass die Auswirkungen und Folgen von Missbrauch erfasst werden sollten, sechs Befragte forderten, dass auch ritualisierte und organisierte Gewalt Thema in der Arbeit der Kommission sein sollten.

Jeweils eine Person nannte die folgenden Themen, die in der Arbeit der Kommission Berücksichtigung finden sollten: die transgenerationale Weitergabe von Gewalt, wenn die Folgen nicht verarbeitet werden könnten, und die Poly-Viktimisierung von Betroffenen durch sexuelle, physische und psychische Gewalt, Übergriffe durch Kinder und Jugendliche, bessere Aus- und Weiterbildungen von Fachkräften im Hilfesystem.